

Rechtliche und steuerliche Grundlagen bei Wirtschaftstätigkeiten in Polen





Polnische Agentur für Information und Auslandsinvestitionen AG (*Polska Agencja Informacji i Inwestycji Zagranicznych S.A. – PAIIZ*) ist im Juni 2003 infolge des Zusammenschlusses von Polnische Agentur für Auslandsinvestitionen AG (*Państwowa Agencja Inwestycji Zagranicznych S.A. – PAIZ*) und Polnische Informationsagentur AG (*Polska Agencja Informacyjna S.A. – PAI*) entstanden.

PAIIZ setzt sich für die Erweiterung der Zahl der ausländischen Direktinvestitionen in Polen ein und ermutigt die ausländischen Investoren, Kapital in Polen anzulegen. PAIIZ bietet auch Hilfe bei der Auslegung der Vorschriften und Rechtsverfahren an, die mit der Investitionstätigkeit verbunden sind.

Die Aufgabe der **PAIIZ** ist es, durch die Schaffung des positiven Erscheinungsbildes Polens in der Welt und die Förderung der Marken polnischer Waren und Dienstleistungen den polnischen Export zu unterstützen und gleichzeitig durch die Steigerung ausländischer Direktinvestitionen zum wirtschaftlichen Wachstum Polens beizutragen.

PAIIZ bietet ihren Kunden an:

- schnellen Zugang zu vollständigen Informationen über die wirtschaftlich–rechtliche Umgebung der Investitionen;
- Unterstützung bei der Suche nach glaubwürdigen Partnern und Lieferanten sowie nach attraktiven Standorten für Investitionen;
- Beratung in den einzelnen Phasen des Investitionsprozesses.

Hauptbestandteile der Strategie von PAIIZ sind:

- Sicherung des Niveaus der ausländischen Direktinvestitionen in Polen ab 2006 in Höhe von mindestens 10 Mrd. USD jährlich;
- Schaffung einer starken Agentur, die nach dem “One–Stop–Shop“ – Prinzip arbeitet, die den ausländischen Investoren eine komplexe Beratung anbietet;
- Schaffung eines starken Marke Polens sowie Einführung Polens innerhalb von 10 Jahren in den Kreis der so genannten Markenländer, d.h. der Gruppe von ca. 30 Staaten, deren positives Erscheinungsbild in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht von der internationalen Gemeinschaft, insbesondere von der Gemeinschaft der Europäischen Union breit erkennbar wird;
- Schaffung eines Beitrages zur Steigerung des Exportes durch die Förderung des Erscheinungsbildes polnischer Waren und Dienstleistungen auf internationalen Märkten. Schaffung starker Agentur, die als einzige Institution in Polen in der Lage wäre, ausländische Investoren komplex zu bedienen.

PAIIZ erfüllt auch die Funktion:

- des OECD–Kontaktpunktes,
- des Sekretariats des Polnisch–Japanischen Wirtschaftskomitees,
- des Sekretariats von Promotion Network Poland.

PAIIZ befasst sich auch mit der Förderung polnischer Regionen und organisiert Konferenzen, Pressebüros und wirtschaftliche Außenstellen im In– und Ausland.

PAIIZ bildet auch ein Netzwerk von **Regionalen Zentren für Investorenbedienung** in ganz Polen, um die Qualität der Beratung der Investoren in den Regionen zu verbessern und den Zugang zu den neuesten Informationen, sowie auch den aktuellen Investitionsangeboten zu sichern. Diese spezialisierten Zentren, die durch die regionalen Behörden finanziert sind und die ein durch PAIIZ geschultes Personal beschäftigen, vermitteln Kontakte zwischen den Investoren und den lokalen Behörden.

Rechtliche und steuerliche
Grundlagen
bei Wirtschaftstätigkeiten
in Polen

Warschau, Dezember 2004

I. Einleitung

Die von uns angebotene Publikation setzt sich das Ziel, Sie mit den Kerninformationen über rechtliche und steuerliche Rahmen der unternehmerischen Tätigkeit in Polen vertraut zu machen.

Auf den folgenden Seiten werden zuerst Formen der Wirtschaftstätigkeit und weiterhin Tipps zur Gründung eines Unternehmens als auch Informationen über die damit verbundenen Kosten, sowie Regelungen über den Immobilienwerb und andere nach polnischem Recht erforderliche Formalitäten, dargestellt.

Die Publikation umfasst auch die Basisinformationen über das Steuersystem in Polen, sowie über Maßnahmen zur Investitionsförderung, die einen beträchtlichen Einfluss auf den Verlauf und auf die Rentabilität eines ganzen Investitionsprozesses haben.

Der dargestellte Rechtsstand weist auf den 31. Dezember 2004. In der Publikation sind schon sämtliche wesentlichen Änderungen des Handelsgesetzbuches und das neue Gesetz über Gewerbefreiheit (durch das alte Gewerberecht ersetzt worden war) enthalten, so dass sie als Grundlagen für Vorbereiten der Gesellschaftsverträge mit Übereinstimmung mit dem geltenden Recht dienen kann.

Die folgende Publikation wurde auf keinen Fall mit der Absicht verfasst, eine professionelle Rechtsberatung unter Berücksichtigung der Umstände eines konkreten Falles zu ersetzen, wir hoffen jedoch, dass sie ein nützliches Werkzeug bei Ihrer Gewerbetätigkeit in Polen sein kann.



Andrzej Zdebski
Präsident
Polnische Agentur für Information
und Auslandsinvestitionen AG



Joanna Żmuda
Advokat
RWP Żmuda Rechtsanwaltsbüro Kommanditgesellschaft
in Verbindung mit Rotthege Wassermann & Partner

II. Wirtschaftstätigkeiten im Gebiet der Republik Polen

Die wichtigste Grundlage zur Regelung des Wirtschaftsrechts ist das Gesetz vom 2. Juli über die Freiheit der Wirtschaftstätigkeit, das die ausländischen Rechtssubjekte mit polnischen Rechtssubjekten bei der Aufnahme und Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeit im Gebiet der Republik Polen gleichstellt.

Ausländer aus EU-Ländern und aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Vereinbarung über den freien Handel (*European Free Trade Association – EFTA*) – Parteien des Vertrags über den Europäischen Wirtschaftsraum, können eine Wirtschaftstätigkeit auf die gleiche Art und Weise wie polnische Unternehmer beginnen und ausüben. Staatsbürger anderer oben nicht genannten Staaten, die eine Genehmigung für die Niederlassung im Gebiet der Republik Polen oder eine Duldung haben, bzw. den Status des Flüchtlings oder einen zeitweiligen Schutz im Gebiet der Republik Polen genießen, können eine Wirtschaftstätigkeit im Gebiet der Republik Polen auf die gleiche Art und Weise wie polnische Staatsbürger beginnen oder ausüben. Andere ausländische Personen sind berechtigt, eine Wirtschaftstätigkeit in Form einer Kommanditgesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft auszuüben, sowie auch diesen Gesellschaften beitreten und ihre Anteile übernehmen und erwerben, falls die internationalen Verträge nicht anders vorsehen.

A. FORMEN DER AUSÜBUNG DER WIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT IN POLEN:

Aktiengesellschaft (*Spółka akcyjna*):

Zweck:	zur Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten im großen Rahmen, sowie zur Ausübung von sonstigen rechtmäßigen Tätigkeiten , Möglichkeit der Kapitalbeschaffung durch Aktienemissionen
Gründung:	eine oder mehrere juristische oder natürliche oder sonstige Personen können eine AG gründen und deren einziger Aktionär sein , Ausnahmen: eine AG kann nicht ausschließlich durch eine Einmann-GmbH gegründet werden (Gründungsgesellschafter darf nicht eine GbR sein, die keine juristische Person ohne Rechtsfähigkeit ist)
Mindestgründungskapital:	500 000 PLN
Rechtspersönlichkeit:	die AG ist eine juristische Person
Haftung der AG:	Haftung der Gesellschaft mit ihrem gesamten Vermögen
Haftung der Aktionäre	die Aktionäre haften nicht für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft
Besteuerung:	CIT (Corporation Income Tax) Erklärung – Körperschaftsteuer
Gründung:	die Gründungsphase einer AG ähnelt der der GmbH – vgl. hierzu die nachfolgende ausführliche Darstellung, allerdings empfehlen wir im Hinblick auf den komplexen Charakter der Gründung die Inanspruchnahme einer Anwaltskanzlei

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością*):

<i>Zweck:</i>	zur Führung wirtschaftlicher Tätigkeiten und für jeden gesetzlich zulässigen Zweck
<i>Gesellschafteranzahl:</i>	eine GmbH kann von einer oder mehrerer Personen in jedem rechtlich zulässigen Ziel gegründet werden Ausnahme: eine Einmann-GmbH kann nicht Alleingründer einer anderen GmbH sein
<i>Mindestkapital:</i>	50 000 PLN
<i>Rechtspersönlichkeit:</i>	die GmbH ist eine juristische Person
<i>Haftung der Gesellschaft:</i>	Gesellschaft haftet mit ihrem gesamten Vermögen
<i>Haftung der Gesellschafter:</i>	die Gesellschafter haften nicht für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft
<i>Besteuerung:</i>	CIT-Erklärung
<i>Gründung:</i>	eine ausführliche Darstellung „Schritt für Schritt“: siehe Seite 7

Kommanditgesellschaft auf Aktien (*Spółka komandytowo-akcyjna*):

<i>Zweck:</i>	zur Führung eines Unternehmens unter eigener Firma , für Wirtschaftstätigkeiten im großen Rahmen (z.B. große Familienunternehmen)
<i>Gesellschafteranzahl:</i>	mindestens eine Person ist notwendig, zur Gründung und zur Führung der Gesellschaft (natürliche oder juristische)
<i>Mindestkapital:</i>	50 000 PLN
<i>Rechtspersönlichkeit:</i>	<i>keine Rechtsfähigkeit</i> – Personengesellschaft
<i>Haftung:</i>	für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet mindestens ein Gesellschafter unbegrenzt (Komplementär), mindestens ein Gesellschafter ist Aktionär; der Aktionär haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft
<i>Besteuerung::</i>	PIT (Personal Income Tax) Erklärung – Einkommensteuer oder CIT
<i>Gründung:</i>	die Satzung muß in Form einer notariellen Urkunde verfaßt und zumindest durch alle Komplementäre unterzeichnet werden, anschließend muß die Gesellschaft beim Polnischen Gerichtregister (<i>Krajowy Rejestr Sądowy</i> – <i>KRS</i>) angemeldet werden; die Gesellschaft entsteht im Zeitpunkt der Eintragung

Kommanditgesellschaft (*Spółka komandytowa*):

<i>Zweck:</i>	Führung eines Unternehmens unter eigener Firma
<i>Gesellschafteranzahl:</i>	mindestens 2 Rechtssubjekte zur Gründung und zur Führung der Gesellschaft, von denen ein Komplementär und der andere ein Kommanditist ist
<i>Mindestkapital:</i>	kein Mindeststammkapital
<i>Rechtspersönlichkeit:</i>	<i>keine Rechtsfähigkeit</i> – Personengesellschaft
<i>Haftung:</i>	für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet mindestens ein Gesellschafter unbegrenzt (Komplementär) und mindestens ein Gesellschafter (Kommanditist) ist in seiner Haftung begrenzt

Besteuerung: PIT-Erklärung – jeder von den Gesellschaftern wird individuell besteuert, CIT-Erklärung wenn die Gesellschafter juristische Personen sind

Gründung durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag und Eintragung der Gesellschaft beim KRS; die Gesellschaft entsteht mit der Eintragung

Partnerschaftsgesellschaft (*Spółka partnerska*):

Zweck: Ausübung freier Berufe durch die Gesellschafter / Partner

Gesellschafteranzahl: mindestens 2 Personen, die die Berechtigung besitzen, einen freien Beruf auszuüben

Mindestkapital: kein Mindeststammkapital

Rechtspersönlichkeit: keine Rechtsfähigkeit – Personengesellschaft

Haftung: ein Partner haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die im Zusammenhang mit der Ausübung des freien Berufes durch einen anderen Partner entstanden sind. Dies gilt auch für Verbindlichkeiten der Gesellschaft die als Folge von Handlungen oder Unterlassungen von Angestellten der Gesellschaft aufgrund eines Arbeitsvertrages oder aus anderen Rechtsverhältnissen, die der Führung eines anderen Partners unterliegen, entstanden bei Dienstleistungen, die in Verbindung mit dem Gegenstand der Tätigkeiten der Gesellschaft stehen; der Gesellschaftsvertrag kann vorsehen, dass ein oder mehrere Partner sich damit einverstanden erklären, dass die Haftungsübernahme wie bei den Gesellschaftern einer OHG geregelt wird; der Partner haftet mit seinem ganzen Vermögen zusammen mit der Gesellschaft und den übrigen Partnern für die Steuerschulden der Gesellschaft und der Partner, welche sich aus der Tätigkeit der Gesellschaft ergeben

Besteuerung: PIT-Erklärung

Gründung durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag und anschließender Eintragung der Gesellschaft beim KRS; die Gesellschaft entsteht im Zeitpunkt der Eintragung.

Offene Handelsgesellschaft (*Spółka jawna*):

Zweck: Führung des Unternehmens unter eigener Firma, zur Ausübung von Wirtschaftstätigkeit im größeren Rahmen

Gesellschafteranzahl: mindestens 2 Rechtssubjekte, juristische oder natürliche Personen, Gesellschafter können auch Kapitalgesellschaften sein (Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Akiengesellschaft), offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft)

Mindestkapital: kein Mindeststammkapital

Rechtspersönlichkeit: keine Rechtsfähigkeit – Personengesellschaft

<i>Haftung:</i>	jeder Gesellschafter haftet ohne Einschränkungen für Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit seinem gesamten Vermögen und zwar gesamtschuldnerisch mit den übrigen Gesellschaftern und der Gesellschaft
<i>Besteuerung:</i>	PIT-Erklärung oder CIT-Erklärung, jeder von den Gesellschaftern wird individuell besteuert,
<i>Gründung:</i>	durch schriftlichen Gesellschaftsvertrag zur Vermeidung der Nichtigkeit und anschließender Eintragung der Gesellschaft beim KRS; <i>die Gesellschaft entsteht im Zeitpunkt der Eintragung</i>

Gesellschaft bürgerlichen Rechts (*Spółka cywilna*):

<i>Zweck:</i>	zur Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten im kleineren Rahmen – als Unternehmen größeren Ausmaßes wird die Gesellschaft dann bezeichnet, wenn der aus den Warenverkäufen oder aus Dienstleistungen erwirtschafteter Nettogewinn in jedem von zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren den Betrag erreicht hat, der gemäß der Vorschriften des Rechnungswesens zur Führung der Geschäftsbücher verpflichtet. Im Zeitpunkt der obligatorischen Eintragung beim Registergericht – im oben genannten Fall – wird die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Unternehmen größeren Ausmaßes zur OHG
<i>Gesellschafteranzahl:</i>	mindestens 2 Personen
<i>Mindestkapital:</i>	kein Mindeststammkapital
<i>Rechtspersönlichkeit:</i>	<i>Fehlen einer eigenen Rechtspersönlichkeit</i> , es handelt sich um eine Gesellschaft des Zivilrechts,
<i>Haftung:</i>	jeder Gesellschafter haftet gesamtschuldnerisch und ohne Einschränkungen für Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit seinem gesamten Vermögen
<i>Besteuerung:</i>	PIT-Erklärung – Einkommensteuer
<i>Gründung:</i>	durch schriftlichen Gesellschaftsvertrag, anschließend muß jeder Gesellschafter sich beim Gewerberegister in Gemeinde (<i>Urząd Gminy</i>) als ein Gesellschafter einer GbR anmelden

Eintragung in das Gewerberegister (*Wpis do ewidencji działalności gospodarczej*):

<i>Zweck:</i>	zur Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten durch eine natürliche Person in kleinem Rahmen
<i>Gesellschafteranzahl:</i>	1 natürliche Person
<i>Mindestkapital:</i>	kein Mindeststammkapital
<i>Rechtspersönlichkeit:</i>	<i>Fehlen einer eigenen Rechtspersönlichkeit</i> , es handelt sich um eine natürliche Person, die als Unternehmer bezeichnet wird

<i>Haftung:</i>	persönlich mit seinem gesamten Vermögen
<i>Besteuerung:</i>	PIT-Erklärung ev. pauschale Besteuerung oder sog. Steuerkarte
<i>Gründung:</i>	durch Vollziehung der Eintragung ins GewerbeRegister die durch den Gemeindevorsteher, Bürgermeister oder Stadtpräsidenten geführt werden

B. GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG – GRÜNDUNG „SCHRITT FÜR SCHRITT“

Eine GmbH kann von jeder ausländischen natürlichen oder juristischen Person gegründet werden.

1. Notarieller Akt

Abschluss eines Gesellschaftsvertrags oder eines Gründungsaktes (Einmanngesellschaft), in notarieller Form vor einem beliebigen Notar in Polen.

Für die Anfertigung des notariellen Aktes verlangt der Notar eine Steuer auf zivilrechtliche Handlungen sowie ein mehrwertsteuerpflichtiges Honorar. (*Notariatsgebühr – bestimmt sich prozentual zur Höhe des Stammkapitals, die Steuer auf zivilrechtliche Handlungen – bestimmt sich prozentual nach der Höhe des Stammkapitals*). Die Höhe der Mehrwertsteuer beträgt 22%.

Der Gründungsakt oder der Gesellschaftsvertrag müssen enthalten:

- Firma und Sitz der Gesellschaft,
- Gegenstand des Unternehmens gemäß der Polnischen Tätigkeitsklassifikation (*Polska Klasyfikacja Działalności – PKD*),
- Dauer des Bestehens der Gesellschaft, falls diese begrenzt ist,
- Höhe des Stammkapitals,
- Das Recht der Gesellschafter einen oder mehrere Anteile zu besitzen,
- die Anzahl, die Höhe, der übernommenen Anteile.

Sodann: Einzahlung des Stammkapitals sowie Bestellung der Geschäftsführung.

2. Eintragung beim Registergericht

Der Antrag zur Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister erfolgt durch die Geschäftsführung. Der Antrag muß von allen Geschäftsführern unterzeichnet werden.

Die Anmeldung der GmbH erfolgt im KRS. Adressen der Wirtschaftsabteilungen – Handelsregister sowie ihre zuständigen Stellen können auf der Internetseite des Justizministeriums abgerufen werden: <http://www.ms.gov.pl>.

Die Anmeldung zur Eintragung sollte mittels eines **speziellen Formulars mit der Bezeichnung KRS-W3** erfolgen und folgendes beinhalten:

- die Firma, Sitz und Anschrift der Gesellschaft. Die Firma der Gesellschaft kann beliebig gewählt werden, sie sollte jedoch den Zusatz „*Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością*“ („Gesellschaft mit beschränkter Haftung“) enthalten. Die Gesellschafter können den Namen der Gesellschaft (Firma) beliebig frei wählen mit der Einschränkung, dass sie sich ausreichend von anderen Firmen, die im selben Gebiet wirtschaftlich tätig sind, unterscheidet,

- den Gegenstand des Unternehmens (z.B. Handel mit Metallwaren), einzutragen in der **Anlage KRS-WM**. Der Gegenstand der Gesellschaft sollte mit der PKD übereinstimmen,
- die Höhe des Stammkapitals (mindestens 50 000 PLN),
- Angaben, ob ein Gesellschafter mehr als einen Anteil besitzen darf,
- Vor- und Familiennamen und Adressen der Mitglieder der Geschäftsführung sowie die Art und Weise der Vertretung der Gesellschaft (**Anlage KRS-WK**),
- **Anlage KRS-WE**, welche Angaben über die Gesellschafter der Gesellschaft, die der Eintragung im KRS unterliegen, enthält
- Vor- und Familiennamen und Adressen der Mitglieder des Aufsichtsrats oder der Revisionskommission, falls das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag die Bestellung eines Aufsichtsrats oder einer Revisionskommission vorsieht,
- wenn die Gesellschafter Sacheinlagen in die Gesellschaft einbringen – Bezeichnung dieses Umstands,
- Dauer des Bestehens der Gesellschaft, falls diese begrenzt ist,
- falls der Gesellschaftsvertrag ein anderes Amtsblatt zur Veröffentlichung von Anzeigen der Gesellschaft als „*Monitor Sądowy i Gospodarczy*“ vorsieht, – Bezeichnung dieses Amtsblattes.

Die Anmeldung einer Einmangengesellschaft zur Eintragung in das KRS sollte Angaben zum Vor- und Familiennamen oder Firma (Bezeichnung) und Sitz sowie die Anschrift des Gesellschafters enthalten mit Hinweis auf die Eigenschaft des Alleingeschafters.

Dem Antrag muß noch folgendes beifügt werden:

- der Gesellschaftsvertrag,
- die Erklärung aller Geschäftsführer, dass die Einlagen zur Deckung des Stammkapitals von allen Gesellschaftern vollständig eingebracht wurden,
- wenn der notariell beurkundete Gesellschaftsvertrag keine Angaben über die Berufung der Organmitglieder der Gesellschaft enthält, der Nachweis deren Ernennung und konkreter Besetzung,
- gleichzeitig mit der Anmeldung ist eine Liste der Gesellschafter vorzulegen, die von allen Mitgliedern der Geschäftsführung unter Angabe der Vor- und Familiennamen oder Firma der Gesellschafter sowie der Anzahl und des Nominalwertes der übernommenen Anteile zu unterschreiben ist. Ferner sind Unterschriftenproben der Geschäftsführung beizufügen, die entweder in Gegenwart des Gerichts persönlich geleistet werden oder notariell beglaubigt wurden,
- Nachweis der Einzahlung der Eintragungsgebühr sowie der Gebühr für die Veröffentlichung im Amtsblatt „*Monitor Sądowy i Gospodarczy*“,
- *wenn mit dem Antrag zur Eintragung in das Unternehmensregister auch der Antrag zur Eintragung an das statistische Register (REGON) und Steueridentifikationsanmeldung (Numer Identyfikacji Podatkowej – NIP) gestellt wird, muß dem Antrag ein Nachweis über die Berechtigung zur Nutzung der Geschäftsräume beigelegt werden.*

Für den Fall, dass eine Eintragung der Gesellschaft im KRS nicht innerhalb von 6 Monaten ab Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages erfolgt, verliert der Gesellschaftsvertrag seine Bindungswirkung.

3. Anmeldung beim Statistischen Amt (Urząd Statystyczny)

Die Unternehmen sind dazu verpflichtet, eine statistische REGON Nummer zu besitzen.

Die Anmeldung beim Statistischen Amt hat binnen einer Frist von 14 Tagen ab Zugang des Beschlusses über die Eintragung der Gesellschaft in das KRS zu erfolgen. *Der Unternehmer, der eine Tätigkeit beginnt, kann den Antrag zur Eintragung beim Statistischen Amt (REGON) gleichzeitig mit dem Antrag zur Eintragung in das Unternehmensregister beim entsprechenden KRS stellen.*

Die Anmeldung ist beim dem zuständigen statistischen Amt entweder persönlich oder durch einen Bevollmächtigten einzureichen. Das Statistische Amt stellt kostenlos Vordrucke der Anträge zur Verfügung. Beim Einreichen des Antrages werden keine Gebühren erhoben.

Die Eintragung des Unternehmens in das Register erfolgt aufgrund des durch das Unternehmen eingereichten Antrags auf dem RG-1 Formular mit der Bezeichnung „*Wniosek o wpis do krajowego rejestru urzędowego podmiotów gospodarki narodowej lub o zmianę cech objętych wpisem*“ („Antrag auf Eintragung in das Landesregister der volkswirtschaftlichen Rechtssubjekte oder auf Änderung der vorgeschriebenen Voraussetzungen für die Eintragung“). Es handelt sich um ein einheitliches Muster zur Anmeldung, das im gesamten Gebiet Polens verwendet wird.

Der Anmeldung sind beizufügen: Auszug aus dem KRS oder eine Bescheinigung über die Entstehung bzw. die Aufnahme der Geschäftstätigkeit des Unternehmens. Die statistischen Ämter stellen den in das Register der Rechtssubjekte eingetragenen Antragstellern eine Bescheinigung über die Vergabe der individuellen lokalen Identifikationsnummer REGON aus. Die Ausstellung der Bescheinigungen ist kostenlos und erfolgt in der Regel am Tage der Antragstellung.

Erforderliche Unterlagen für die Vergabe der statistischen Nummer REGON im Falle der Gesellschaft mit beschränkter Haftung:

- **Auszug**, Abschrift oder Bescheinigung über die Eintragung der Gesellschaft beim KRS mit vollständiger Angabe der Adresse der Gesellschaft,
- ausgefüllter RG-1 Antrag.

4. *Eröffnung eines Bankkontos*

Die Eröffnung eines Bankkontos ist für Unternehmen obligatorisch. Sie sind durch das Gesetz über die Freiheit der Wirtschaftstätigkeit zum bargeldlosen Verkehr verpflichtet.

Gemäß Art. 22 des Gesetzes über die Freiheit der Wirtschaftstätigkeit (Gesetzesblatt vom 2004, Nr. 11, Position 38) verpflichtet eine Gesellschaft:

- die Erfüllung oder die Entgegennahme von Zahlungen über ein Bankkonto abzuwickeln und zwar in jedem Fall, wenn die Gegenseite des Zahlungsverkehrs eine andere Gesellschaft ist und der einmalige Wert der Forderung oder der Verbindlichkeit den Gegenwert in Höhe von 15 000 Euro übersteigt, umgerechnet in polnischer Währung nach dem von der Nationalbank Polens (*Narodowy Bank Polski – NBP*) am letzten Tag des den Finanzoperationen vorausgegangenen Monats veröffentlichten Mittelkurs für ausländische Zahlungsmittel.

Handlungen, die mit der Eröffnung eines Bankkontos zusammenhängen

Bei der Eröffnung eines Bankkontos wird ein Vertrag mit der kontoführenden Bank unterzeichnet. Die Bank verlangt in der Regel die Vorlage der Originale sowie die Anfertigung von Kopien aller Unterlagen, die im Verlauf der Eintragung der Firma erlangt worden sind.

Der Inhalt des abgeschlossenen Vertrages ist genau zu studieren. Wenn der Vertrag auf andere Unterlagen verweist, wie Allgemeine Geschäftsbedingungen, Vorstandsbeschlüsse usw. sollte deren Inhalt überprüft werden. Für den Fall, dass Zweifel auftreten, sollte man den Bankangestellten um Klärung bitten. Wenn dies nicht ausreicht, sollte ein Anwalt konsultiert werden.

Als Anlage zu dem Vertrag über die Errichtung eines Bankkontos werden Unterschriftsproben der unterschriftsberechtigten Personen beigelegt – in der Regel wird auch ein Firmenstempel verlangt. Die unterschriftsberechtigten Personen leisten ihre Unterschriften in Gegenwart eines Bankangestellten.

Banken können Gebühren erheben für:

- 1) die Errichtung des Bankkontos,
 - 2) die Ausstellung eines Scheckbuchs,
 - 3) die Kontoführung,
 - 4) die Durchführungen von Überweisungen,
 - 5) Bareinzahlungen,
- sowie für andere Dienstleistungen, die sie für den Kunden ausführen.

Das Guthaben kann verzinst werden. Bei der Auswahl einer Bank sollte man auch deren Insolvenzrisiko beachten. Die Inanspruchnahme eines Bankkontos kann auch mit einer Kreditberechtigung oder einem Überziehungskredit auf der Grundlage einer gesonderten Vereinbarung verbunden werden.

5. Anmeldung beim Finanzamt (Urząd Skarbowy) – Steueridentifikationsnummer (NIP)

Die steuerzahlenden Unternehmer erhalten die Steueridentifikationsnummer NIP. Die Kontrolle hierüber obliegt den Steuerorganen. Die Anmeldung wird einmalig durchgeführt und zwar ohne Rücksicht auf die Art und Weise der Besteuerung, die Anzahl und Art der wirtschaftlichen Tätigkeit und die Anzahl der geführten Unternehmen.

Die Anmeldung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung beinhaltet den vollen und abgekürzten Namen (Firma), die Rechtsform, den Firmensitz, die REGON Nummer, das KRS und die KRS-Nummer, Angaben zum Bankkonto, die Adresse des Aufbewahrungsortes der Rechnungsbücher sowie den Unternehmensgegenstand gemäß der polnischen Warenklassifizierung, und auch:

- 1) im Falle von Betrieben (Niederlassungen) der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und im Falle von anderen internen Einheiten, die steuerpflichtig sind, NIP-Nummer und andere Daten, die mit der Haupteinheit verbunden sind,
- 2) im Falle von zusätzlichen Kapitalgruppen – Daten bez. der Gesellschaften, aus denen die Gruppe besteht, sowie die diesen Gesellschaften zugeordnete NIP-Nummer.

Der Steueridentifikationsanmeldung müssen noch beglaubigte oder amtlich bescheinigte Kopien der Urkunden, die die Informationen aus der Anmeldung bestätigen, befügt werden, insbesondere: Abschrift aus dem KRS, Gesellschaftsvorträge, die Urkunde, die die Berechtigung zur Nutzung des Lokals oder der Immobilie, in denen sich die Gesellschaft befindet, bestätigt, die Bescheinigung über Identifikationsnummer – REGON.

Bei der Anmeldung der Steuernummer / Mehrwertsteuer (VAT) ist eine Gebühr in Höhe von 152,00 PLN zu entrichten. Bei der Anmeldung der NIP-Nummer sind folgende Fristen zu beachten:

- die Steuerpflichtigen, die der Mehrwertsteuer oder der Verbrauchssteuer unterliegen, sind vor der Aufnahme ihrer ersten Tätigkeit, die der Besteuerung mit einer dieser Steuern unterliegt, verpflichtet die Steueranmeldung durchzuführen,
- die Steuerpflichtigen, die der Körperschaftssteuer unterliegen, sind verpflichtet die Steueranmeldung nicht später als im Zeitpunkt der ersten Steuererklärung betreffend die Vorauszahlung auf diese Steuer durchzuführen.

Steuerpflichtige, die eine Wirtschaftstätigkeit ausüben, können auch die Identifikationsanmeldung gleichzeitig mit dem Antrag zur Eintragung in das KRS oder mit der Gewereregister vornehmen. Im Falle von natürlichen Personen, die bereits eine zugeteilte NIP-Nummer haben und eine Wirtschaftstätigkeit ausüben, kann die Anmeldung der Aktualisierung gleichzeitig mit der Eintragung ins Gewereregister vorgenommen werden.

Im vorgenannten Fall sind die Steuerpflichtigen, die eine Wirtschaftstätigkeit ausüben, anschließend dazu verpflichtet, eine Anmeldung der Aktualisierung des Verzeichnisses der Bankrechnungen sowie einer beglaubigten oder amtlich bescheinigten Kopie der Identifikationsanmeldung über REGON-Nummer vorzunehmen.

6. Anmeldung bei der Sozialversicherungsanstalt (*Zakład Ubezpieczeń Społecznych* – ZUS)

Bei der Aufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit ist der Steuerpflichtige darüber hinaus zur Anmeldung bei der Sozialversicherungsanstalt verpflichtet.

Die Beitragszahler der Sozialversicherung führen die Anmeldung bei der Sozialversicherungsanstalt durch, d.h. die Anmeldung des Beitragszahlers.

Der Beitragszahler ist zur Anmeldung innerhalb von 7 Tagen verpflichtet ab:

- dem Tag der Einstellung **der ersten Person** oder der mit der Entstehung der Rechtsverhältnisse begründeten Übernahme der Altersrentenversicherung.

C. KOMMANDITGESELLSCHAFT – GRÜNDUNG

1. Vertrag

Die Kommanditgesellschaft (KG) entsteht durch Vertrag, der mindestens von zwei Personen geschlossen wird und der notariellen Beurkundung bedarf. Die Gesamtheit der Rechte und Verpflichtungen des Gesellschafters einer KG kann nur auf eine andere Person übertragen werden, wenn einerseits der Gesellschaftsvertrag dies so festlegt und andererseits die schriftliche Zustimmung aller übrigen Gesellschafter vorliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der KG sollte enthalten:

- die Firma und den Sitz der Gesellschaft,
- den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft,
- die Dauer der Gesellschaft, wenn diese beschränkt ist,
- die Bezeichnung der Einlagen, die von jedem Gesellschafter eingebracht werden und deren Wert,
- der als Betrag vorgesehene Umfang der Haftung jedes einzelnen Kommanditisten gegenüber den Gläubigern (Haftungseinlage).

Der Gesellschaftsvertrag sollte darauf hinweisen, welcher Gesellschafter unbegrenzt und welcher nur bis zur Höhe der Haftungseinlage haftet. Die Haftungseinlage ist eine Quote, die in Geld beziffert wird und die die Obergrenze der persönlichen Haftung des Kommanditisten darstellt. Sie ist allgemeiner Art, d.h. sie bezieht sich folglich auf alle entstehenden Verbindlichkeiten.

2. Eine Kommanditgesellschaft kann nicht ohne Einlagen bestehen

Diese können in Form von Geld oder als Sachleistung erbracht werden. Für den Fall, dass die Einlage des Kommanditisten insgesamt oder zum Teil nicht in Geld geleistet wird, sollte der Gesellschaftsvertrag den Gegenstand dieser Sacheinlage, deren Wert, wie ebenfalls den Gesellschafter, der diese Sachleistung eingebracht hat, bezeichnen.

Die Einlage des Kommanditisten kann jedoch nicht mittels der Verpflichtung zur Ausübung einer Tätigkeit eingebracht werden oder aus einer Dienstleistung in einer Angelegenheit der Gesellschaft bestehen, es sei denn, dass der Wert der bereits eingebrachten Einlagen nicht niedriger als die Haftungseinlage ist.

Für den Fall, dass der Komplementär eine GmbH oder eine AG ist und der Kommanditist Gesellschafter dieser Gesellschaft ist, kann die Einlage des Kommanditisten nicht aus dessen Anteilen an dieser GmbH oder den Aktien an dieser AG bestehen.

Wenn der Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt, kann die Einlage des Kommanditisten in einer geringeren Höhe als die Haftungseinlage eingebracht werden. Allerdings ist ein Gesellschafterbeschluss, der die Befreiung des Kommanditisten von dessen Verpflichtung zur Einbringung der Einlage vorsieht, nichtig.

3. Die KG entsteht im Zeitpunkt der Eintragung in das Handelsregister

Dies bedeutet, dass der Abschluß des Gesellschaftsvertrages nicht für die Entstehung der Gesellschaft maßgebend ist.

Die Personen, die im Namen der Gesellschaft nach deren Gründung, aber vor Eintragung in das Handelsregister handeln, haften für die Verbindlichkeiten die in diesem Zeitraum entstanden sind gesamtschuldnerisch.

Die Anmeldung beim Registergericht muß Angaben enthalten zu:

- Firma, Sitz und Anschrift der Gesellschaft,
- Unternehmendgegenstand der Gesellschaft gemäß der Polnischen Tätigkeitsklassifikation (PKD),
- die Vor- und Familiennamen oder Firma (Bezeichnung) der Komplementäre sowie getrennt davon Vor- und Familiennamen oder Firma (Bezeichnung) der Kommanditisten und auch Umstände, die die Beschränkung der Geschäftsfähigkeit eines Gesellschafters betreffen, sofern solche bestehen,
- Vor- und Familiennamen der Personen, die zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt sind und die Art und Weise der Vertretung; für den Fall, dass Komplementäre nur einige unter ihnen zur Geschäftsführung bestimmt haben, ist dies zu vermerken,
- den Kommanditbetrag.

Alle Änderungen der oben aufgeführten Daten müssen beim Registergericht angemeldet werden.

D. VERTRETUNGEN – GRÜNDUNG

1. Begriff

Ausländische Unternehmer können Vertretungen mit Sitz im Gebiet der Republik Polen gründen. Diese Art der Vertretung ist grundsätzlich für den Fall bestimmt, wenn die Geschäftstätigkeit eines ausländischen Rechtssubjekts in Polen unmittelbar in seinem Namen und auf seine Rechnung geführt werden soll und die Vertretung ein Element einer breiten Unternehmensstruktur sein soll. Der die Wirtschaftstätigkeit führende Unternehmer ist das jeweilige ausländische Rechtssubjekt.

Die Vertretung eines ausländischen Unternehmers ist rechtlich nicht selbständig, sie unterliegt im gesamten Umfang ihrer Wirtschaftstätigkeiten einer Organisationseinheit, die ihre Wirtschaftstätigkeiten im Bereich der Werbung und Absatzförderung im Namen des ausländischen Unternehmers betreibt. Die werbende und absatzfördernde Tätigkeit gehört zu den Elementen der Wirtschaftstätigkeit des ausländischen Unternehmens.

Die Vertretung ist auch unter finanziellen Gesichtspunkten keine selbständige Einheit. Auch wenn der Unternehmer sein Vermögen aussondert, so ist diese Aussonderung lediglich technischer-organisatorischer Art.

Der Unternehmensgegenstand der Vertretung ist nicht mit der Wirtschaftstätigkeit des Unternehmers gleichzusetzen, **weil es der Verkaufswerbung und Werbung dieser Tätigkeit dient, auch der Verkaufswerbung und der Werbung der Wirtschaft des Landes, in dem der Unternehmer seinen Sitz hat.**

Die Gründung einer Vertretung bedarf der Eintragung in das Verzeichnis von Vertretungen ausländischer Unternehmer (im folgenden „Verzeichnis“ genannt), was vom zuständigen Minister für Wirtschaftsangelegenheiten geführt wird.

2. Antrag zur Eintragung in das Verzeichnis

Der Antrag zur Eintragung in das Verzeichnis ist in polnischer Sprache abzufassen und sollte enthalten:

- den Namen, den Sitz und die Rechtsform des ausländischen Unternehmens, das die Vertretung gründet,
- die Höhe des Kapitals oder anderer Gründungsfonds des ausländischen Unternehmens, das die Vertretung gründet,
- den Gegenstand der Wirtschaftstätigkeit des ausländischen Unternehmens, das die Vertretung gründet,
- den Vor- und Familiennamen sowie auch die Adresse derjenigen Person in Polen, die berechtigt ist das ausländische Unternehmen zu vertreten,
- die Anschrift der Vertretung in Polen.

Dem Antrag sind beizufügen:

- die Gründungsurkunde (Vertrag, Satzung) des ausländischen Unternehmens, wenn der ausländische Unternehmer aufgrund dieses Aktes handelt,
- ein Handelsregistrauszug, wenn der ausländische Unternehmer dessen Wirtschaftstätigkeit aufgrund dieses Handelsregistrauszuges ausübt,
- die Erklärung des ausländischen Unternehmens über die Gründung einer Vertretung im Gebiet der Republik Polen,
- **Nachweis der Rechtsgrundlage zur Nutzung der Geschäftsräume, in welchen die Tätigkeit ausgeübt wird.**

Sind die vorgenannten Dokumente in einer fremden Sprache verfaßt, so sind diese zusammen mit einer beglaubigten Übersetzung in die polnische Sprache einzureichen. Dies folgt aus **Art. 97 Pkt. 3 des Gesetzes über die Freiheit der Wirtschaftstätigkeit** und Art. 27 der polnischen Verfassung, wonach die Amtssprache Polnisch ist.

Die Bezeichnung des Unternehmensgegenstandes bei der Eintragung in das Verzeichnis ist wesentlich, um den Nachweis des tatsächlichen Unternehmensgegenstandes im Zusammenhang mit der Werbetätigkeiten oder die Absatzförderungstätigkeit der Gesellschaft zu erbringen. Das Gesetz bestimmt jedoch nicht wie genau der Gegenstand der Wirtschaftstätigkeit bezeichnet sein muß. Er sollte allerdings soweit konkretisiert werden, dass eine eventuelle Ablehnung der Eintragung in das Verzeichnis sowie eine Untersagung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Vertretung wegen dieses Unternehmensgegenstandes begründet ist.

Dem Antrag ist die Gründungsurkunde des ausländischen Unternehmers beizufügen. Dies ist entweder der Errichtungsakt, oder der Gründungsakt der Gesellschaft. Die Art dieses Urkundstyps kann in Abhängigkeit der einzelnen ausländischen Rechtssysteme unterschiedlich sein. Eine Schlüsselbedeutung kommt hierbei den Handelsgesellschaften zu.

Beispiel:

Der Gründungsakt einer offenen Handelsgesellschaft liegt im Abschluß eines Gesellschaftsvertrages durch zwei oder mehrere Personen; die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung erfolgt entweder im Zeitpunkt des Abschlusses des Gesellschaftsvertrages oder des Gründungsakts einer Einmangesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die erforderliche Erklärung ausländischer Unternehmer über die Einsetzung einer Vertretung im Gebiet der Republik Polen erfolgt durch das zuständige Organ. Dieses Organ sollte zur Vertretung des Unternehmers, zur Abgabe der Willenerklärung sowie auch zur Begründung der Rechtsverhältnisse im Namen des Unternehmers berechtigt sein.

3. Eintragung in das Verzeichnis des Registers

Die Errichtung einer Vertretung erfordert die Eintragung in das Verzeichnis von Vertretungen ausländischer Unternehmer, geführt durch den für Wirtschaftsangelegenheiten zuständigen Minister – gegenwärtig ist das **der Wirtschafts- und Arbeitsminister**. Der Minister nimmt die Eintragung aufgrund des gestellten Antrages und gemäß seinem Inhalt vor.

Über die Eintragung der Vertretung in das Verzeichnis wird eine Bescheinigung ausgestellt. Diese enthält abschließende Angaben zur Eintragung im Verzeichnis sowie die Nummer und das Datum der Eintragung.

Der für die Wirtschaftsangelegenheiten zuständige Minister lehnt, nachdem er die Stellungnahme des im Hinblick auf den Gegenstand der vom ausländischen Unternehmen ausgeübten Tätigkeit zuständigen Ministers eingeholt hat, die Eintragung in das Verzeichnis ab, wenn:

- die Gründung der Vertretung die Sicherheit und die Verteidigungsfähigkeit des Staates oder den Schutz eines Staatsgeheimnisses oder eines anderen wichtigen öffentlichen Interesses gefährdet,
- der Antrag auf Eintragung in das Verzeichnis eine Tätigkeit betrifft, die den Bereich der Werbung und Absatzförderung des ausländischen Unternehmens überschreitet oder Mängel enthält, die in der gesetzten Frist nicht beseitigt worden sind, wie auch dann, wenn dem Antrag die verlangten Dokumente nicht beigelegt worden sind.

Eine Überschreitung des Geschäftstätigkeitsbereichs der Vertretung liegt dann vor, wenn eine andere Tätigkeit als die werbende bzw. absatzfördernde aufgenommen wird. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn die Vertretung eine wirtschaftliche Geschäftstätigkeit aufnimmt. Eine Überschreitung des Geschäftstätigkeitsbereichs liegt in der Regel dann vor, wenn die Geschäftstätigkeit der Vertretung unter Verletzung des Rechts geführt wird.

4. Pflichten der Vertretung

Der ausländische Unternehmer, der eine Vertretung gründet, ist verpflichtet:

- den Namen des ausländischen Unternehmens in der Sprache des Landes, in dem es seinen Sitz hat, zusammen mit der in der polnischen Sprache übersetzten Bezeichnung der Rechtsform des Unternehmens und dem Zusatz „*Przedstawicielstwo w Polsce*“ („Vertretung in Polen“) zu verwenden,
- zur getrennten Rechnungslegung in Übereinstimmung mit den Vorschriften über die Rechnungslegung,
- dem für die Wirtschaftsangelegenheiten zuständigen Minister sämtliche Änderungen der Sach- und Rechtslage bezüglich des im Antrag genannten Inhalts mitzuteilen und wenn der ausländische Unternehmer eine Gesellschaft ist, eine Erklärung darüber abzugeben, welcher Teil des Stamm- bzw. Grundkapitals bereits eingebracht worden ist sowie die Einleitung und Beendigung der Li-

liquidation des ausländischen Unternehmens, wie auch den Verlust des Rechts auf Ausübung der Wirtschaftstätigkeit oder über die Verfügung über sein Vermögen innerhalb von 14 Tagen ab dem Tage des Eintritts dieser Ereignisse anzuzeigen.

5. Tätigkeitsverbot für die Vertretung

Der für Wirtschaftsangelegenheiten zuständige Minister erläßt im Einvernehmen mit dem im Hinblick auf den Gegenstand der vom ausländischen Unternehmer ausgeübten Tätigkeit zuständigen Minister eine Entscheidung über ein Tätigkeitsverbot für die Vertretung, wenn:

- die Vertretung in grober Weise das polnische Recht verletzt oder ihren gesetzlichen Pflichten nicht nachkommt,
- die Liquidation des ausländischen Unternehmers, der die Vertretung gegründet hat, eingeleitet worden ist oder wenn dieser Unternehmer das Recht zur Ausübung der Wirtschaftstätigkeit, bzw. das Recht zur Verfügung über sein Vermögen verloren hat,
- die Tätigkeit des ausländischen Unternehmers oder der Vertretung die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit des Staates, den Schutz eines Staatsgeheimnisses oder ein anderes wichtiges öffentliches Interesse gefährdet.

Gegen die durch den Wirtschafts- und Arbeitsminister erlassene Entscheidung ist kein Widerspruch vorgesehen. Die beschwerte Partei kann jedoch eine erneute Entscheidung bei dem Organ beantragen, das die Entscheidung erlassen hat.

Gegen die durch den Wirtschafts- und Arbeitsminister erlassene Entscheidung im Zusammenhang mit der erneuten Antragstellung, steht der Vertretung, als der Partei des Verwaltungsverfahrens, **Klage beim Obergericht** zu.

E. ZWEIFACHNIEDERLASSUNG – GRÜNDUNG

Ausländische Unternehmer können zur Ausübung einer Wirtschaftstätigkeit in Polen eine Zweigniederlassung mit Sitz im Gebiet der Republik Polen gründen. Die Berechtigung ausländischer Unternehmer hierzu hängt davon ab, ob zwischenstaatliche Abkommen für polnische Unternehmer eine analoge Berechtigung im Ausland vorsehen sowie, ob die durch Polen ratifizierten internationalen Abkommen nichts anderes bestimmen.

Im Falle der Gründung der Zweigniederlassung durch Unternehmer aus den EU-Staaten und aus den Mitgliedsländern der Europäischen Vereinbarung über den freien Handel (European Free Trade Association – EFTA), – Vertragsparteien des Vertrags über das Europäische Wirtschaftsgebiet – gilt das Prinzip, wonach die Wirtschaftstätigkeit in Polen in gleicher Form wie auch von polnischen Unternehmern im jeweiligen Herkunftsland des Unternehmers begonnen und ausgeübt werden kann (Gegenseitigkeitsprinzip).

1. Geschäftsbereich

Ein ausländischer Unternehmer, der eine Zweigniederlassung gründet, darf eine Wirtschaftstätigkeit ausschließlich im Bereich des Geschäftsgegenstandes seines ausländischen Unternehmens ausüben. Der wirtschaftliche Geschäftsbereich der Zweigniederlassung muß allerdings nicht so umfassend sein, wie der wirtschaftliche Geschäftsbereich der ausländischen Gesellschaft im Ursprungsland. Es können auch nur einige seiner Teilbereiche übernommen werden.

2. Eintragung in das KRS

Die Zweigniederlassung kann nach Erhalt der Eintragung in das KRS ihre Wirtschaftstätigkeit aufnehmen. Die Grundsätze zur Eintragung sind in den Vorschriften des Gesetzes vom 20. August 1997 (Gesetzesblatt Nr. 121, Position 769 mit späteren Änderungen) über das KRS niedergelegt.

Unabhängig von diesen Pflichten ist der ausländische Unternehmer, der die Eintragung in das KRS zum Ziel hat, verpflichtet:

- Vor- und Familiennamen sowie die Anschrift in Polen der Person anzugeben, die in der Zweigniederlassung berechtigt ist, das ausländische Unternehmen zu vertreten,
- ein notariell beglaubigtes Muster der Unterschrift, der in der Zweigniederlassung zu der Vertretung des ausländischen Unternehmens berechtigten Person beizufügen,
- eine Bescheinigung der zuständigen polnischen Auslandsvertretung, in der festgestellt wird, dass in dem Staat, in dem die ausländische Person ihren ständigen Wohn- oder Firmensitz hat, polnische Unternehmer nach den gleichen Grundsätzen wie Unternehmer, die in diesem Staat ihren ständigen Wohn- oder Firmensitz haben, eine Wirtschaftstätigkeit ausüben dürfen, beizufügen; eine solche Bescheinigung ist nicht erforderlich, wenn zwischen Polen und diesem Staat die Gegenseitigkeit vertraglich verbürgt ist oder wenn ein durch Polen ratifiziertes internationales Abkommen es anders vorschreibt,
- für den Fall, dass das Unternehmen aufgrund einer Gründungsurkunde, eines Vertrages oder einer Satzung tätig ist – sind diese zusammen mit einer beglaubigten Übersetzung in die polnische Sprache den Registerurkunden der Zweigniederlassung beizufügen; hat hingegen ein ausländischer Unternehmer im Gebiet der Republik Polen mehr als eine Zweigniederlassung gegründet, so können diese Urkunden den Registrierungsurkunden einer der Zweigniederlassung beigelegt werden, wobei in den Registrierungsurkunden der übrigen Zweigniederlassungen auf die Zweigniederlassung hinzuweisen ist, der die genannten Urkunden beigelegt worden sind und zwar unter Benennung des Gerichts, bei dem sich diese Urkunden befinden und der Registernummer der Zweigniederlassung,
- für den Fall, dass der Unternehmer seine Tätigkeit aufgrund der Eintragung in ein Register betreibt – eine Abschrift aus diesem Register zusammen mit einer beglaubigten Übersetzung in die polnische Sprache.

3. Pflichten der Zweigniederlassung

Die Zweigniederlassung ist verpflichtet:

- den Namen des ausländischen Unternehmers in der Sprache seines Sitzlandes zusammen mit der in die polnische Sprache übersetzten Bezeichnung der Rechtsform des Unternehmers und dem Zusatz „*Oddział w Polsce*“ („Zweigniederlassung in Polen“) zu verwenden,
- zur getrennten Rechnungslegung in der polnischen Sprache in Übereinstimmung mit den Vorschriften über die Rechnungslegung,
- den für Wirtschaftsangelegenheiten zuständigen Minister sämtliche Änderungen der Sach- und Rechtslage, die die Liquidation des ausländischen Unternehmers, der die Zweigniederlassung gegründet hat oder den Verlust seines Rechts auf Ausübung der Wirtschaftstätigkeit bzw. der Verfügung über sein Vermögen betreffen, innerhalb von 14 Tagen ab dem Tag ihres Eintritts anzuzeigen.

Darüber hinausgehende, wechselnde Pflichten entsprechen den Pflichten, die auch polnischen Unternehmern obliegen.

In der Frage der Rechnungslegung ist es zulässig, diese gemäß den Anforderungen und Bedürfnissen des Rechts des Herkunftslandes des Unternehmens zu führen. In Übereinstimmung mit dem polnischen Recht besteht dennoch die Verpflichtung zur Führung einer separaten Rechnungslegung, die mit dem Vorschriften des Gesetzes über die Rechnungslegung vom 29. September 1994 übereinstimmen sollte.

4. Erlaß eines Verbots der Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten der Zweigniederlassung

Der für Wirtschaftsangelegenheiten zuständige Minister erläßt nach Einholung einer Stellungnahme des im Hinblick auf den Geschäftsgegenstand des ausländischen Unternehmers zuständigen Ministers eine Entscheidung über ein Tätigkeitsverbot für die Zweigniederlassung, wenn:

- die Zweigniederlassung in grober Weise das polnische Recht verletzt oder dem für Wirtschaftsangelegenheiten zuständigen Minister sämtliche Änderungen der Sach- und Rechtslage im Rahmen der nachstehenden Umstände nicht anzeigt,
- eine Liquidation des ausländischen Unternehmers, der die Zweigniederlassung gegründet hat, eingeleitet worden ist oder dieser Unternehmer das Recht auf Ausübung der Wirtschaftstätigkeit bzw. auf Verfügung über sein Vermögen verloren hat,
- die Tätigkeit des ausländischen Unternehmers die Sicherheit und die Verteidigungsfähigkeit des Staates, den Schutz eines Staatsgeheimnisses oder ein anderes wichtiges öffentliches Interesse gefährdet.

F. GRÜNDUNGSKOSTEN EINER FIRMA

1. Gründungskosten im Zusammenhang mit der Eintragung des Unternehmens beim KRS sowie mit der Veröffentlichung der Anzeige im Amtsblatt „Monitor Sądowy i Gospodarczy“

Die mit der Eintragung des Unternehmens beim KRS verbundenen Kosten werden durch die Anordnung des Justizministers vom 17. Dezember 1996 in Sachen der Bestimmung der Höhe von zivilrechtlichen Eintagungen festgelegt (Gesetzesblatt Nr. 154, Position 756), dagegen wird die Höhe der Gebühr für die Anzeige in „Monitor Sądowy i Gospodarczy“ durch die Anordnung des Justizministers vom 15. April 1996 (Gesetzesblatt Nr. 45, Position 204) in Sachen Organisation, Art der Herausgabe und Verbreitung sowie die grundsätzliche Festsetzung der Kosten der Ausgaben des „Monitor Sądowy i Gospodarczy“ und die Höhe der Gebühren für die Veröffentlichung einer Anzeige oder Bekanntmachung bestimmt.

Übrige Kosten ergeben sich beispielsweise:

- durch den Antrag zur Eintragung eines Subjekts im KRS, das keine natürliche Person ist – 1 000 PLN,
- Anzeige in „Monitor Sądowy i Gospodarczy“ – 500 PLN,
- Antrag auf Änderungen betreffend die im KRS eingetragenen Subjekte, die keine natürlichen Personen sind – 400 PLN,
- die Anzeige der Änderungen im „Monitor Sądowy i Gospodarczy“ – 250 PLN,
- für den Fall der gleichzeitigen Einbringung mehrerer Anträge zur Eintragung oder zur Durchführung von Änderungen beim KRS, auf mehreren Formularen durch den selben Antragsteller – wird eine Gebühr erhoben, und wenn für den angegebenen Typ die Eintragung in verschiedenen Höhen vorgesehen ist – wird die höhere Gebühr erhoben,
- Antrag auf Löschung des Subjekts – das keine natürliche Person ist – aus dem KRS in Verbindung mit der Löschung aus dem KRS – 300 PLN.

2. Kosten im Zusammenhang mit der Eintragung einer Vertretung in das Verzeichnis von Vertretungen ausländischer Unternehmer („Verzeichnis“)

Der **Antrag** zur Durchführung der Eintragung einer Vertretung eines ausländischen Unternehmers in das Verzeichnis, was vom zuständigen Minister für Wirtschaftsangelegenheiten geführt wird, unterliegt der Stempelsteuer in Höhe von 5,00 PLN für den Antrag sowie 0,50 PLN für jede Anlage.

Für die **Eintragung** einer Vertretung eines ausländischen Unternehmers in das Verzeichnis wird eine Stempelgebühr in Höhe von 6 000,00 PLN erhoben.

Die Erteilung der Bescheinigung über die Eintragung der Vertretung eines ausländischen Unternehmers in das Verzeichnis unterliegt der Stempelsteuer in Höhe von 11,00 PLN.

3. Übrige Kosten

Neben den vorgenannten Kosten sind noch andere im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Unternehmens verbundene Gebühren, z.B. aus Steuertiteln, Stempelgebühren, Notargebühren ev. Kosten der Rechtsberatung zu tragen.

Bei der Gründung von Kapitalgesellschaften tragen die Gründer darüber hinaus die **mit der Deckung des Gründungskapitals verbundenen Kosten**. Diese betragen im Fall:

- der Gesellschaft mit beschränkter Haftung – min. 50 000 PLN, wobei der Nominalwert eines Anteils nicht weniger als **50 PLN** betragen darf,
- der Aktiengesellschaft – min. 500 000 PLN, wobei der Nominalwert einer Aktie mindestens als **0,01 PLN** betragen kann.

III. Immobilienerwerb durch Ausländer

A. PRINZIPIEN

Der Immobilienerwerb durch Ausländer ist im Gesetz über den Immobilienerwerb durch Ausländer vom 24. März 1920 (Gesetzesblatt Nr. 49, Position 466, mit späteren Änderungen) geregelt.

Ausländer im Sinne dieses Gesetzes sind:

- natürliche Personen, die nicht die polnische Staatsbürgerschaft besitzen,
- juristische Personen, die ihren Sitz im Ausland haben,
- Gesellschaften, die keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen, bestehend aus den vorgenannten Gesellschaftern, die ihren Sitz im Ausland haben und deren Gründung im Einklang mit der Gesetzgebung des ausländischen Staates steht,
- juristische Personen und Handelsgesellschaften, die keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen mit Sitz im Gebiet der Republik Polen, die durch die oben genannten Personen oder Gesellschaften direkt oder indirekt kontrolliert werden.

Länder, die dem Europäischen Wirtschaftsgebiet nicht angehören

Grundsätzlich bedarf der Immobilienerwerb durch Ausländer der Genehmigung des Ministers des Inneren und der Verwaltung.

Länder, die dem Europäischen Wirtschaftsgebiet angehören

Gemäß dem Gesetz vom 20. Februar 2004 über die Änderung des Gesetzes über den Immobilienerwerb durch Ausländer und des Gesetzes über die Stempelsteuer (Gesetzesblatt Nr. 49, Position 466), sind diejenigen Ausländer von der Erlaubnispflicht befreit, die Bürger und Unternehmer der Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes sind (die Mitgliedsländer der EU und Norwegen, Island, Lichtenstein und der Schweiz) mit zwei Ausnahmen. Die Ausnahmen betreffen:

- 1) landwirtschaftliche- und Waldflächen, für die die Erlaubnis noch für die nächsten 12 Jahre, gerechnet seit dem Beitritt Polens zur EU, gelten wird,
- 2) das zweite Haus, bei dem die Erlaubnis für die nächsten 5 Jahre, gerechnet seit dem Beitritt Polens zur EU, erforderlich sein wird. „Das zweite Haus“ wurde im Gesetz als eine Immobilie bezeichnet, die für die Wohnbebauung oder für Erholungszwecke bestimmt ist, die jedoch nicht dem ständigen Wohnsitz des Ausländers dienen wird. Es gilt jedoch nicht ist nicht beim Kauf des selbständigen Wohnlokals im Sinne von dem Gesetz vom 24. Juni 1994 über Lokaleigentum (Gesetzesblatt vom 2000 Nr. 80, Position 903).

Die Erlaubnispflicht für den vorgenannten Zeitraum gilt auch für die Ausländer nicht, die Bürger der Mitgliedsländer des Europäischen Wirtschaftsraumes sind, im Falle:

- 1) des Kaufes einer landwirtschaftlichen Immobilie, die :
 - a) in den Woiwodschaften: Dolnoslaskie, Kujawsko-Pomorskie, Lubuskie, Opolskie, Pomorskie, Warminko-Mazurskie, Wielkopolskie, Zachodniopomorskie – nach dem Ablauf einer Frist von 7 Jahren seit dem Tag, an dem der Pachtvertrag mit dem sog. sicheren Datum geschlossen worden ist, wenn sie selbst in diesem Zeitraum eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausübten und zugleich rechtmäßig im Gebiet der Republik Polen wohnten (die Bürger des Europäischen Wirtschaftsraumes, die an dem Tag des Beitritts Polens zur EU Anteilseigner oder Aktionäre einer Handelsgesellschaft mit dem Sitz im Gebiet der Republik Polen waren, können die Zeit

der Pacht der landwirtschaftlichen Immobilie anrechnen, wenn sie in dieser Zeit als Anteilshaber oder Aktionäre einer Gesellschaft auf dieser Immobilie eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausübten und zugleich rechtmäßig im Gebiet der Republik Polen wohnten),

- b) in den Woiwodschaften: Lubelskie, Lodzkie, Mazowieckie, Podkarpackie, Podlaskie, Slaskie, Swietokrzyskie – nach dem Ablauf der Frist von 3 Jahren seit dem Tag, an dem der Pachtvertrag mit dem sog. sicheren Datum geschlossen worden ist, wenn sie selbst in diesem Zeitraum eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausübten und zugleich rechtmäßig im Gebiet der Republik Polen wohnten;
- 2) des Kaufes des zweiten Hauses:
 - a) wenn der Erwerber rechtmäßig, ununterbrochen mindestens vier Jahre im Gebiet der Republik Polen wohnt oder
 - b) um eine wirtschaftliche Tätigkeit im Bereich der Touristik zu erbringen.

B. FÄLLE DER ERLANGUNG DER NOTWENDIGEN GENEHMIGUNG

Jeder Immobilienerwerb unterliegt der Genehmigung. Hierzu gehört der Erwerb des Eigentums oder des „Erbnießbrauchs“ aufgrund jedweder rechtserheblichen Tatsache.

Handlungen, die einer Genehmigung bedürfen sind:

- der Immobilienerwerb;
- der Erwerb oder die Übernahme von Anteilen oder Aktien an einer Handelsgesellschaft mit Sitz in Polen, welche Eigentümer oder „Erbnießbraucher“ einer Immobilie ist.

Dem Ausländer kann die Erlaubnis erteilt werden, wenn:

- 1) der Immobilienerwerb keine Bedrohung der Verteidigung, der Sicherheit des Landes, der öffentlichen Ordnung oder keinen Widerspruch zur sozialen Politik und der Gesundheit der Gesellschaft darstellt,
- 2) er nachweisen kann, dass er mit Polen eng verbunden ist.

Zu den Umständen, die die Verbindung des Ausländers mit Polen bestätigen, gehören:

- 1) polnische Nationalität oder polnische Herkunft,
- 2) Eheschließung mit einem polnischen Staatsbürger,
- 3) Genehmigung für den befristeten Aufenthalt oder die Niederlassung,
- 4) Mitgliedschaft in der Geschäftsführung eines Unternehmens, die eine juristische Person oder eine Handelsgesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit mit Sitz in Polen ist, die direkt oder indirekt von Ausländern kontrolliert wird,
- 5) die Ausübung einer wirtschaftlichen oder landwirtschaftlichen Tätigkeit, gemäß den Vorschriften des polnischen Rechts.

Die Pflicht zur Erlangung der Genehmigung besteht für den Fall, dass der Ausländer, der durch den Erwerb eines Anteils an einer Gesellschaft Eigentümer oder „Erbnießbraucher“ der Immobilie geworden ist, Kontrolle über sie übernimmt, wodurch die Gesellschaft zu einer „kontrollierten“ Gesellschaft wird. Diese Pflicht besteht auch, wenn die Gesellschaft vorher schon „kontrolliert“ wurde und der Ausländer Anteile oder Aktien erwirbt oder übernimmt, ohne Anteilseigner oder Aktionär der Gesellschaft zu sein. Unter einer solchen „kontrollierten“ Handelsgesellschaft versteht man eine Gesellschaft, in der ein Ausländer oder die Ausländer über mehr als 50% der Stimmen auf der Gesellschafterversammlung oder Hauptversammlung verfügen, ebenfalls in der Eigenschaft als Pfandnehmer, Nießbraucher oder auf der Grundlage der Vereinbarungen mit anderen Personen oder wenn sie eine dominierende Rolle gemäß der Vorschriften des Art. 4 § 1 Pkt. 4 b) oder c) oder e) des Gesetzes vom 15. September 2000 (Gesetzesblatt

vom 2000 Nr. 94, Position 1037, Gesetzesblatt vom 2001 Nr. 102, Position 1117, Gesetzesblatt vom 2003 Nr. 49, Position 408 und Gesetzesblatt vom 2003 Nr. 229, Position 2276) einnehmen.

Die Ausländer, die Bürger oder Unternehmer der Mitgliedsländer des Europäischen Wirtschaftsraumes sind (Mitgliedsstaaten der EU sowie Norwegen, Island, Lichtenstein und die Schweiz), sind nicht verpflichtet, eine Genehmigung für den Erwerb der Anteile oder Aktien in der Handelsgesellschaft mit Sitz im Gebiet der Republik Polen zu erhalten, wenn die Gesellschaft, die Eigentümer oder Erbnießbraucher einer Immobilie im Gebiet der Republik Polen ist, zu einer kontrollierten Gesellschaft wird. Dies gilt auch für den Fall, wenn eine Gesellschaft, die schon kontrolliert ist und die Anteile und Aktien von einem Ausländer, der weder Aktionär noch ein Anteilseigner ist, erworben oder übernommen werden. Es gilt auch für den Erwerb und die Übernahme der Aktien und Anteile an Gesellschaften, die Eigentümer oder Erbnießbraucher der Landwirtschaft- und Waldflächen sind.

Beim Erwerb von Agrarflächen durch Ausländer sind zusätzlich die Vorschriften des Gesetzes vom 11. April 2003 über die Gestaltung der Waldstruktur zu berücksichtigen (Gesetzesblatt Nr. 64, Position 592).

Die Vorschriften des Gesetzes über den Immobilienerwerb durch Ausländer finden allerdings keine Anwendung bei der Umwandlung einer Gesellschaft sowie bei dem Immobilienerwerb in Folge einer gesetzlichen Erbfolge.

Rechtsgeschäfte, wie die Eigentumseintragung oder auch der „Erdbnießbrauch“, können nicht ohne die Genehmigung des Ministers des Inneren und der Verwaltung vorgenommen werden. Falls die Genehmigung besondere Voraussetzungen enthält, sollte der Nachweis ihrer Erfüllung in Form von amtlichen Urkunden vorgelegt werden.

Der Immobilienerwerb, der Erwerb oder die Übernahme von Anteilen oder Aktien durch Ausländer, ungeachtet der vorstehenden gesetzlichen Vorschriften, hat die **Nichtigkeit** des Rechtsgeschäfts zur Folge.

C. PRAXIS DER GENEHMIGUNGSERTEILUNG

Die Genehmigung wird im Auftrag des Ministers des Inneren und der Verwaltung vom Direktor der Genehmigungs- und Konzessionsabteilung des Ministeriums des Inneren und der Verwaltung erlassen. Die Genehmigung wird in Form eines Verwaltungsakts, auf Antrag des Ausländers erlassen. Im Genehmigungsverfahren sind die Vorschriften der Verwaltungsverfahrensgesetzbuchs anzuwenden.

Der Antrag muß unter anderem folgende Angaben enthalten: genaue Angaben, die den Erwerber betreffen (Vor- und Familienname, Firma, die Anschrift der Personen, die zur Vertretung berechtigt sind und Angabe der Gesellschafter mit genauer Adresse), genaue Beschreibung der Immobilie, Angaben, die den Veräußerer betreffen, Rechtsgrundlage des Erwerbs, wie auch die beabsichtigte Bestimmung der Immobilie.

Der Antrag muß in polnischer Sprache verfaßt werden. Ausländische Anlagen müssen durch einen vereidigten Übersetzer in die polnische Sprache übersetzt werden.

Dem Antrag müssen verschiedene Unterlagen beigelegt werden.

Der Grundbuchauszug, Grundstücksregistrauszug mit der Skizze der Evidenzkarte, Auszug aus dem Flächennutzungsplan, etc. Auch die Erklärung über die Veräußerungsabsicht muß dem Antrag beigelegt werden.

Praktische Voraussetzung der Erteilung der Genehmigung für eine juristische Person ist die Führung von Wirtschaftstätigkeiten in Polen. Daher können in der Praxis Handelsgesellschaften mit Sitz in Polen

eine Genehmigung erhalten. Der Minister des Inneren und der Verwaltung sollte den Antrag innerhalb von zwei Monaten bescheiden. Die Entscheidung über die Erteilung einer Genehmigung für den Immobilienerwerb, die sich im Gebiet einer Sonderwirtschaftszone befindet und auf Grund gesonderter Vorschriften gegründet wurde, trifft der Minister des Inneren und der Verwaltung binnen einer Frist von einem Monat von dem Tag an, an dem der Antrag gestellt wurde. Die Genehmigung ist für die Veräußerung nicht verbindlich, sie ist nur Voraussetzung des Erwerbs. Der Immobilienerwerb bedarf der notariellen Form.

Die Genehmigung ist ab Erteilung zwei Jahre lang gültig. Die verpflichtende Erwerbserklärung sollte unter Einhaltung dieses Zeitraums abgegeben werden.

Ausländer, die beabsichtigen, eine Immobilie zu erwerben, können sich um eine Genehmigungszusage, die sogenannte „promesa“ („Promesse“), bemühen. Der Antrag samt Anlagen zum Erhalt einer „Promesse“ muß alle formalrechtlichen Anforderungen erfüllen, die auch für den Erhalt einer Genehmigung zum Immobilienerwerb notwendig sind.

Die „Promesse“ ist ab Erteilung ein Jahr lang gültig. Sie kann auch auf Antrag von Gesellschaftern einer „kontrollierten“ Gesellschaft erteilt werden. Die „Promesse“ legt die Voraussetzungen fest, bei deren Erfüllung Ausländer die Erteilung der Genehmigung beantragen können. **Innerhalb der Gültigkeitsdauer der „Promesse“ kann die Erteilung der Genehmigung nicht versagt werden, es sei denn, dass sich der für die Erteilung wesentliche Tatbestand geändert hat.**

D. AUSNAHMEN

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Erlangung einer Genehmigung:

- der Erwerb von unbebauten Grundstücken durch eine „kontrollierte juristische Person“ für ihre satzungsgemäßen Zwecke, wobei deren Gesamtfläche 0,4 ha innerhalb eines Stadtbereichs nicht überschreiten darf,
- der Erwerb einer Eigentumswohnung,
- der Erwerb eines Nutzungslokals mit der Widmung zur Nutzung als Garage oder der Erwerb des Anteils an einem solchen Lokal, wenn es entweder mit den Wohnbedürfnissen des Erwerbers oder des Immobilieneigentümers oder auch der Eigentumswohnung verbunden ist,
- der Erwerb einer Immobilie durch einen Ausländer, der mindestens fünf Jahre ab dem Erhalt der Aufenthaltsberechtigung in der Republik Polen seinen Wohnsitz hat,
- der Erwerb durch einen Ausländer, der mit einem polnischen Staatsangehörigen verheiratet ist und selbst seit mindestens zwei Jahren aufgrund der Aufenthaltsberechtigung in der Republik Polen wohnt, wenn das erworbene Grundstück in die gesetzliche Gütergemeinschaft der Eheleute fällt,
- der Erwerb durch einen Ausländer, der im Zeitpunkt des Erwerbs zum Kreis der gesetzlichen Erben gehört und der Veräußerer mindestens fünf Jahre Eigentümer oder „Erbnießbraucher“ dieses Grundstücks war,
- der Immobilienerwerb durch einen Ausländer, der eine Bank und gleichzeitig der Hypothekengläubiger ist, infolge der Übernahme des Eigentums am Grundstück bei einer fruchtlosen Versteigerung im Zwangsvollstreckungsverfahren,
- der Erwerb oder die Übernahme von Aktien oder Anteilen einer Handelsgesellschaft mit Sitz im Gebiet der Republik Polen, die Eigentümer oder „Erbnießbraucher“ einer Immobilie ist, durch eine „kontrollierte“ Bank im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Forderungen aus Bankgeschäften durch diese Bank.

Der genehmigungsfreie Erwerb betrifft solche Grundstücke **nicht**, die im Grenzgebiet gelegen sind sowie landwirtschaftliche Böden mit einer Fläche von mehr als 1 ha.

IV. Arbeits- und Aufenthaltsrecht der Ausländer in Polen

A. GRUNDSATZFRAGEN

Die rechtlichen Vorschriften über die Einreise, Durchreise, Ausreise sowie den Aufenthalt von Ausländern in Polen wurden im Ausländergesetz vom 13. Juni 2003 (Gesetzesblatt vom 2003 Nr. 128, Position 1175) zusammenfasst. Danach ist Ausländer jeder, der die polnische Staatsangehörigkeit nicht besitzt.

Personen, die sich rechtmäßig auf dem Gebiet der Republik Polen aufhalten möchten, sind verpflichtet, einen Aufenthaltstitel zu erwirken. Dieser kann erteilt werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- der Antragssteller muss im Besitz eines gültigen Reisedokumentes sowie eines Visums (mit Ausnahme zwischenstaatlicher Verträge über einen visumfreien Verkehr), die ihn zum legalen Grenzübertritt berechtigen, sein und
- notwendige Mittel haben, um die Kosten der Einreise, Durchreise, des Aufenthalts und der Ausreise aus Polen zu decken, sowie über eine Einreisegenehmigung in ein anderes Land oder eine Rückreisegenehmigung in sein Herkunftsland verfügen, falls eine solche Genehmigung erforderlich ist.

1. Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltskarte

Einem Ausländer kann auf Antrag eine befristete Aufenthaltserlaubnis gewährt werden, wenn er Umstände nachweist, die seinen Aufenthalt auf dem Gebiet der Republik Polen über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten begründen. Als solche gelten insbesondere:

- Erhalt einer Arbeitserlaubnis oder Verlängerung der bereits bestehenden Arbeitserlaubnis,
- Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten,
- Absicht der Fortsetzung einer künstlerischen Betätigung,
- Teilnahme an Schulungen und Berufspraktika,
- Aufnahme einer Ausbildung,
- Eheschließung mit einem polnischen Staatsangehörigen oder mit einem Ausländer, der im Besitz einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis ist, falls diese Eheschließung nicht vorgenommen wurde, um die Genehmigung zu erhalten.

Ein Antrag wird bei der zuständigen Woiwodschaft eingereicht. Eine Aufenthaltserlaubnis wird für einen Zeitraum von bis zu 2 Jahren erteilt, mit der Möglichkeit sie um weitere zwei Jahre zu verlängern. Ein Verlängerungsantrag sollte mindestens 45 Tage vor Ablauf der vorhandenen Erlaubnis gestellt werden.

Einem Ausländer wird die Aufenthaltserlaubnis entzogen oder deren Verlängerung versagt, wenn:

- die Umstände, für die sie erteilt wurde, weggefallen sind,
- Umstände vorliegen, die die Ablehnung der Erteilung eines Visums begründen.

Einem Ausländer, der eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, wird eine Aufenthaltskarte erteilt. Die Aufenthaltskarte bleibt gültig für den Zeitraum, für den eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde. Im Zusam-

menhang mit einem Reisepass berechtigt sie zu vielfachen Grenzübertritten, ohne die Notwendigkeit, ein Visum zu besitzen.

Ein Ausländer ist verpflichtet, die Aufenthaltskarte an die Behörde zurückzugeben, von der sie ausgestellt wurde. Sowohl im Einbürgerungsfall als auch beim dauerhaften Wegzug ins Ausland wird ein befristeter Aufenthaltstitel widerrufen. Von Todes wegen geht die Pflicht zur Rückgabe der Aufenthaltskarte des gestorbenen Ausländers auf die Personen über, die nach den Vorschriften über das Melderegister zur Anzeige des Todesfalls verpflichtet sind.

2. Niederlassungserlaubnis und dauerhafte Aufenthaltskarte

Eine Niederlassungserlaubnis wird erteilt, wenn ein Ausländer insgesamt nachweist:

- das Bestehen dauerhafter familiärer oder wirtschaftlicher Bindungen zur Republik Polen,
- eine Wohnung und Unterhalt in Polen,
- dass er sich unmittelbar vor Abgabe des Antrags zumindest 5 Jahre auf Grundlage eines Visums oder einer Aufenthaltserlaubnis ununterbrochen in Polen aufgehalten hat, wobei zu beachten ist, dass im letzteren Fall, wenn der Aufenthalt mit dem Ziel der Familienzusammenführung erfolgte, ein dreijähriger Aufenthalt ausreicht.

Der Aufenthalt eines Ausländers gilt als ununterbrochen, wenn die Unterbrechung nicht länger als 2 Monate gedauert hat.

Einem Ausländer wird eine Niederlassungserlaubnis u. a. versagt, wenn:

- er notwendige Voraussetzungen nicht erfüllt,
- Umstände bekannt werden, die eine Ablehnung der Erteilung eines Titels begründen.

Die Niederlassungserlaubnis widerrufen und das Verlassen des Gebiets der Republik Polen können angeordnet werden, wenn:

- ein Ausländer wegen einer Straftat rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 3 Jahren in Polen verurteilt wurde,
- dies wegen Verteidigung oder Sicherheit des Staates oder zum Schutz der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist.

Einem Ausländer kann die Niederlassungserlaubnis entzogen werden, wenn er für immer das Gebiet der Republik Polen verlassen hat.

Einem Ausländer, der eine Niederlassungserlaubnis erhalten hat, wird eine dauerhafte Aufenthaltskarte erteilt. Die Aufenthaltskarte bleibt über 10 Jahre gültig. Sie berechtigt im Zusammenhang mit einem Reisepass zu vielfachen Grenzübertritten, ohne dass ein Visum notwendig ist.

Ein Ausländer ist verpflichtet, seine Aufenthaltskarte bei der Behörde zurückgeben, von der sie ausgestellt wurde. Sowohl im Einbürgerungsfall als auch bei dauerhaftem Wegzug ins Ausland wird die Niederlassungserlaubnis widerrufen. Von Todes wegen geht die Pflicht zur Rückgabe der Aufenthaltskarte des gestorbenen Ausländers auf die Personen über, die nach Vorschriften über das Melderegister zur Anzeige des Todesfalls verpflichtet sind.

B. VISUM

Durch das polnische Ausländergesetz wurden folgende Visa eingeführt:

1. Aufenthaltvisum (einschließlich Aufenthaltstitel mit Arbeitsgenehmigung),

2. Flughafenvisum,
3. Einreisevisum,
4. Transitvisum,
5. Diplomatenvisum,
6. Dienstvisum,
7. Kuriervisum,
8. Diplomaten – Transitvisum,

Zu 1. Ein Aufenthaltsvisum wird in Form eines kurzfristigen bzw. langfristigen Visums erteilt. Es berechtigt zur Einreise sowie zu einem ununterbrochenen Aufenthalt oder mehreren aufeinander folgenden Aufenthalten in Polen. Der Aufenthaltszeitraum darf jeweils drei Monate innerhalb einer Frist von sechs Monaten von dem Tag der ersten Einreise beim kurzfristigen Visum oder ein Jahr innerhalb der Gültigkeitsdauer beim langfristigen Visum nicht überschreiten. Ein langfristiges Aufenthaltsvisum kann zum Einreise- und Aufenthaltszwecke erteilt werden, wenn die Umstände dieses Aufenthaltes erfordern, dass er einen Zeitraum von drei Monaten überschreitet. Die Gültigkeitsdauer eines solchen Visums beträgt bis zu fünf Jahren.

Ein Aufenthaltsvisum mit Arbeitsgenehmigung berechtigt sich in Polen aufhaltende Ausländer zur Arbeitsaufnahme oder einer anderen Erwerbstätigkeit nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften. Um das Visum zu erhalten, ist eine Zusage auf eine Arbeitsgenehmigung oder – falls keine Arbeitsgenehmigung benötigt wird – eine schriftliche Erklärung des Arbeitgebers über die Beschäftigungsabsicht vorzulegen.

Zu 2. Ein Flughafenvisum berechtigt lediglich zum Aufenthalt auf dem Flughafengelände und wird einem Ausländer erteilt, wenn er nachweist, dass dies für einen von ihm geplanten Flug unerlässlich ist. Ein Flughafenvisum wird für einen Zeitraum von maximal zwei Tagen erteilt.

Zu 3. Ein Einreisevisum berechtigt zur einmaligen Einreise in die Republik Polen und wird einem Ausländer erteilt, wenn er einen anderen Rechtstitel zum Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der Republik Polen bereits vor der Überschreitung der Staatsgrenze besitzt oder zu diesem Zeitpunkt erhalten wird. Die Gültigkeitsdauer des Visums zur Einreise nach Polen beträgt ein Jahr.

Zu 4. Ein Transitvisum berechtigt zum Durchqueren des Gebietes der Republik Polen auf dem Landweg in ein anderes Land und wird einem Ausländer erteilt, der zur Einreise in ein Zielland oder in ein Nachbarland von Polen berechtigt ist. Der maximale Aufenthaltszeitraum in Polen beträgt 5 Tage nach der Einreise.

Zu 5. Ein Diplomatenvisum berechtigt Besitzer eines Diplomatenpasses aus bestimmten Herkunftsländern zur Einreise nach Polen innerhalb von sechs Monaten nach dem Ausstellungsdatum des Visums sowie zum Aufenthalt in Polen innerhalb einer im Visum bestimmten Frist. In Ausnahmefällen, die sich aus internationalen Verträgen oder aus dem Völkergewohnheitsrecht ergeben können, beträgt diese Frist bis zu drei Monaten.

Zu 6. Ein Dienstvisum kann an diejenigen Beschäftigten des diplomatischen und konsularischen Dienstes erteilt werden, denen kein Diplomatenvisum zusteht (Verwaltungs- und technisches Personal, weitere Angestellte). Es berechtigt zur Einreise nach Polen innerhalb von sechs Monaten nach dem Ausstellungsdatum sowie zum Aufenthalt in Polen innerhalb einer im Visum bestimmten Frist, die grundsätzlich einen Zeitraum von drei Monaten nicht überschreiten darf. Abweichungen davon sind jedoch aufgrund internationaler Verträge oder Staatenpraxis möglich.

Zu 7. Ein Kuriervisum kann einem Kurier im diplomatischen oder konsularischen Dienst erteilt werden, dessen Aufenthalt in Polen auf maximal zehn Tage begrenzt ist. Es befugt zur Einreise nach Polen innerhalb von sechs Monaten nach dem Ausstellungsdatum sowie zum Aufenthalt in Polen innerhalb einer im Visum vorgesehenen Frist.

Zu 8. Ein Diplomatenvisum zu Transitzwecken unterscheidet sich vom herkömmlichen Transitvisum dadurch, dass es ausschließlich an visumpflichtige Besitzer eines Diplomatenpasses erteilt wird, um ihnen das Durchqueren des polnischen Staatsgebietes unter Vorbehalt der völkerrechtlichen Vorschriften zum Diplomatschutz zu ermöglichen.

Die für die Ausstellung des Visums zuständigen Behörden sind: im Ausland polnische diplomatische oder konsularische Vertretungen und im Inland die im Hinblick auf den Aufenthaltsort des Ausländers zuständige „Wojewodschaft“ sowie in den Fällen, in welchen das Visum an der Grenze erteilt wird, auch Grenzschutzbehörden. Für das Visumverfahren gelten die entsprechenden Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

C. DIE BESCHÄFTIGUNG VON AUSLÄNDERN IN POLEN

Mit dem Gesetz über die Förderung der Beschäftigung und die Institutionen des Arbeitsmarktes vom 20. April 2004 (Gesetzesblatt vom 2004 Nr. 99, Position 1001) sind in Polen neue Regelungen über die Einstellung von Ausländern in Kraft getreten. Ein Ausländer muss eine **Arbeitserlaubnis** von einer polnischen Behörde beantragen, deren Zuständigkeit sich nach dem Sitz des Arbeitgebers richtet.

Von dieser Pflicht sind Ausländer befreit, die:

eine Niederlassungserlaubnis, Duldung, einen Flüchtlingsstatus besitzen oder aber befristeten Schutz in Polen beanspruchen. Eine Arbeitserlaubnis wird auf schriftlichen Antrag des Ausländers erteilt, wofür sich die Ortzuständigkeit der Behörde nach dem Sitz des Arbeitgebers richtet. Dafür muss der Arbeitgeber bereits eine Arbeitserlaubniszusage erhalten haben, und der Ausländer muss ein entsprechendes Visum oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzen. Die Gültigkeit der Arbeitserlaubnis entspricht dem Gültigkeitszeitraum des Visums bzw. der Aufenthaltserlaubnis.

Bei der Entscheidung, ob eine Arbeitserlaubnis erteilt wird, berücksichtigt die zuständige Behörde die Arbeitsmarktlage und Kriterien zur Erteilung von Arbeitserlaubniszusagen. Es werden dabei auch Stellungnahmen der für die Niederlassung des Arbeitgebers zuständigen Gemeinde sowie zusätzlich auch die des Arbeitgebers beachtet.

Nach den in der Wojewodschaft Mazowien geltenden Kriterien wird eine Arbeitserlaubniszusage sowie eine befristete Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer konkreten Arbeitsstelle oder für eine bestimmte Betätigung für die Dauer von 12 Monaten erteilt, wobei eine Verlängerung möglich ist. Aufgrund interner Vorschriften sind der Direktor des Wojewodschaftsarbeitsamtes in Warschau und sein Vertreter für die Erteilung der Arbeitserlaubniszusage und der Arbeitserlaubnis zuständig.

Dem Antrag auf Erlass der Arbeitserlaubnis ist die sog. **Anzeige über einen freien Arbeitsplatz** beim örtlich für den Sitz des Arbeitgebers zuständigen Bezirksarbeitsamt vorgeschaltet. Die Arbeitsämter verfügen über spezielle Formulare mit der Bezeichnung „*Zgłoszenie wolnego miejsca pracy*“ („Anzeige über einen freien Arbeitsplatz“).

Nach Einreichung der Anzeige teilt das Arbeitsamt mit, ob eine Möglichkeit zur Besetzung des Arbeitsplatzes besteht oder nicht.

Dem Antrag auf Durchführung des Arbeitserlaubnisverfahrens (in zweifacher Ausfertigung) sollten folgende Dokumente als Anlagen beigelegt werden laut Informationen des Wojewodskafsarbeitsamtes (*Wojewódzki Urząd Pracy*):

1. Auszug aus dem KRS mit dem Nachweis der Eintragung in das Unternehmenregister oder eine Bescheinigung über die Eintragung in das Gewerbeverzeichnis,
2. Bescheinigung des Arbeitgebers über den Erhalt einer statistischen Identifikationsnummer REGON,
3. Bescheinigung über den Erhalt einer Steueridentifikationsnummer NIP,
4. Mietvertrag,
5. Info über den Beschäftigungsstand,
6. Einzahlungsschein für die Verfahrenskosten,
7. Kopie des Reisepasses,
8. Bescheinigung über berufliche Qualifikationen des Ausländers für den beantragten Arbeitsplatz (Kopie des Originals und der Übersetzung),
9. Erklärung des Arbeitgebers gem. Art. 75 k.p.a (Verwaltungsverfahrensgesetz) über:
 - Beschäftigungsstand in den letzten 6 Monaten,
 - Fehlen von Voraussetzungen eines Konkurs- bzw. Liquidationsverfahrens,
 - Einhaltung der geltenden Vorschriften im Bereich der Beschäftigung,
 - Erklärung, dass der betroffene Ausländer die in Polen geltenden Vorschriften im Bereich der öffentlichen Ordnung nicht verletzt.
10. Befristete Meldebescheinigung des Ausländers, die bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis vorgelegt wird.

Falls besondere Vorschriften die Möglichkeit der Übernahme einer bestimmten Arbeitsstelle, die Ausübung eines Berufs oder einer anderen Erwerbstätigkeit vom Einholen einer Einwilligung der für ihre Ausführung zuständigen Behörde abhängig machen, sollte der Arbeitgeber erst eine solche Einwilligung erwirken. Solche Anforderungen werden z.B. vom Gesetz über die Ausübung des Arztberufs gestellt, das die Erteilung der Arbeitserlaubniszusage sowie der Arbeitserlaubnis selbst von der Erlangung einer Berufserlaubnis, welche von der Bezirkskammer der Ärzte erteilt wird, abhängig macht.

Der Arbeitsplatz und die Art der angebotenen Arbeit sollten mit den Anforderungen der Berufs- und Spezialisierungsklassifizierungen übereinstimmen. Sämtliche Kopien der Dokumente sollten vom Arbeitgeber mit der Bestätigung versehen werden, dass die Kopien mit den Originalen übereinstimmen. Für den Fall des positiven Ausgangs des Genehmigungsverfahrens erfolgt die Erteilung der Arbeitsgenehmigung in zwei Phasen. Zuerst erhält der Arbeitgeber eine **Arbeitserlaubniszusage** für einen ausländischen Arbeitnehmer, welche als Grundlage für die Erlangung des Aufenthaltsvisums dient.

Nach dem Erhalt des Aufenthaltsvisums zum Zweck der Arbeitsaufnahme kann ein ausländischer Arbeitnehmer nach Polen einreisen und sich beim Arbeitgeber melden. Nach seiner Ankunft in Polen fügt der Arbeitgeber dem zuvor gestellten Antrag eine Kopie des Aufenthaltsvisums zum Zweck der Arbeitsaufnahme sowie die Kopie der Meldebestätigung des Ausländers bei.

In der zweiten Phase wird einem ausländischen Arbeitnehmer eine **Arbeitserlaubnis** für die Republik Polen erteilt.

Eine Ausnahme vom obigen Verfahren bildet die Situation, in der ein Ausländer zum Zeitpunkt des Antrages ein entsprechendes Aufenthaltsvisum oder eine Aufenthaltserlaubnis für die Republik Polen bereits besitzt. Dann erfolgt die Erteilung der Arbeitserlaubnis ohne die Notwendigkeit einer vorherigen Zusage.

Nach den Informationen des Woiwodschaftsarbeitsamtes erfolgt die Erteilung der Arbeitserlaubnis-zusage und der Arbeitserlaubnis nach den in der Woiwodschaft Mazowien geltenden Kriterien für ausländische Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber nur für eine begrenzte Zeit und unter Angabe einer genau bezeichneten Arbeitsstelle oder der Art der Beschäftigung.

Erst ab diesem Moment kann der Arbeitgeber mit einem Ausländer einen Arbeitsvertrag abschließen. Die Beschäftigung von Ausländern ohne die Einholung der notwendigen Erlaubnisse stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einem Bußgeld geahndet werden kann. Das gleiche gilt für Ausländer, die darüber hinaus aus Polen ausgewiesen werden können.

Eine Arbeitserlaubnis für einen ausländischen Arbeitnehmer ist nicht erforderlich bei:

1. Durchführung von Schulungen, Teilnahme an Praktika oder Beratungsprogrammen der EU oder anderen internationalen Hilfsprogrammen, auch wenn sie auf von der polnischen Regierung eingeholte Kredite gestützt sind,
2. Fremdsprachenlehrern oder Lehrern, die fremdsprachigen Unterricht im Rahmen von internationalen Abkommen des für Schule und Bildung zuständigen Ministers abhalten,
3. Ausländern, die aufgrund von internationalen Verträgen oder Abkommen, welche die Republik Polen geschlossen hat, eine genehmigungsfreie Arbeit ausüben dürfen,
4. Mitgliedern der Streitkräfte oder des zivilen Personals der NATO,
5. ständigen Korrespondenten ausländischer Medien, die eine Tätigkeit für einen Radio- oder Fernsehsender, eine Film- oder Fotoproduktion oder Presse ausüben, und die eine Akkreditierung vom zuständigen polnischen Außenminister auf Antrag des ausländischen Chefredaktors oder einer Agentur, bei der der Korrespondent die Tätigkeit ausübt, bekommen haben,
6. Ausländern, die individuell oder in einer Gruppe bis zu 30 Tagen im Jahr dauernde künstlerische Darbietungen präsentieren, darunter auch die Tätigkeiten von Schauspielern, Dirigenten, Musikern, Sängern, Tänzern oder Mimen,
7. Ausländern, die zur Arbeit in fremdsprachigen Kulturinstituten auf dem Gebiet der Republik Polen entsandt wurden, wenn ihre Arbeit auf internationalen Verträgen beruht – unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit,
8. Studenten, die in Polen ein Studium für den Zeitraum von nicht länger als 3 Monaten während der Sommerferien absolvieren,
9. Studenten, die als Mitglieder von internationalen Studentenorganisationen ihre Arbeit im Rahmen von berufsbezogenen Praktika absolvieren,
10. Ausländern, die im Ausland einen festen Wohnsitz haben und von ihren ausländischen Arbeitgebern nach Polen entsandt wurden für einen Zeitraum, der nicht länger als 3 Monate im Jahr ist, mit dem Ziel:
 - a) Montagearbeiten zu erledigen, Reparaturen und Erhaltung von Technologieanlagen durchzuführen, Konstruktion von Maschinen oder anderen Geräten, wenn sie von dem ausländischen Arbeitgeber hergestellt wurden,
 - b) bestellte Geräte, Maschinen oder Anlagen, die von einem polnischen Unternehmer hergestellt wurden, abzuholen,
 - c) Mitarbeiter eines polnischen Unternehmens im Hinblick auf die Bedienung und Benutzung

der Geräte, Konstruktionen, Maschinen oder anderer Anlagen zu schulen, die von dem polnischen Unternehmen bestellt wurden,

- d) Messestände zu betreuen, auf- und abzubauen, wenn sie von einem ausländischen Arbeitgeber aufgestellt wurden, der für diese Arbeit ausländische Arbeitnehmer entsandt hat,
- 11. Ausländern, die trotz eines festen Wohnsitzes im Ausland gelegentliche Vorträge, Referate oder Präsentationen mit hohem wissenschaftlichen oder kulturellen Wert vortragen,
- 12. Ausländern, die einen festen Wohnsitz im Ausland haben und dabei Funktionen in der Geschäftsführung gewerblicher juristischer Personen innehaben, wobei sich die Tätigkeit auf 30 Tage im Jahr beschränken muss,
- 13. Geistlichen, die eine Arbeit bei der Kirche, kirchlichen Organisationen oder Glaubensgemeinschaften ausüben, falls diese eine Registriernummer vom zuständigen Innenminister besitzen.

Der Antrag auf Erteilung einer Arbeitserlaubniszusage und einer Arbeitserlaubnis für Ausländer, die eine gehobene Position in der Geschäftsführung einer gewerblichen juristischen Person bekleiden, obliegt dem Rechtsträger, der zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer befugt ist.

Es wird hervorgehoben, dass eine Arbeitserlaubnis nicht erforderlich ist, wenn ausländische Arbeitnehmer, die eine Funktion in der Geschäftsführung einer polnischen Gesellschaft ausüben und einen festen Wohnsitz im Ausland beibehalten, sofern der Tätigkeitszeitraum im Gebiet der Republik Polen 30 Tage im Jahr nicht überschreitet.

Erteilung einer Zusage und Arbeitserlaubnis für Ausländer, die bei Durchführung von Exportdienstleistungen für ausländische Arbeitgeber in der Republik Polen tätig sind

Eine Arbeitserlaubnis für ausländische Mitarbeiter, die nach Polen entsandt wurden, die so genannte Genehmigung, erteilt der für den Standort zuständige Woiwode auf schriftlichen Antrag eines ausländischen Arbeitgebers.

Die o.g. Genehmigung mit den in der Zusage bezeichneten Bedingungen ergeht für die gesamte Dauer der Entsendung eines ausländischen Arbeitnehmers, jedoch nicht länger als für den im Aufenthaltsvisum genannten Zeitraum oder für die Dauer der Aufenthaltserlaubnis für die Republik Polen.

Der zuständige Woiwode erteilt eine Arbeitsgenehmigungszusage unter Berücksichtigung des Arbeitsmarkts auf dem Gebiet der Exporttätigkeit. Falls diese Tätigkeit auch in einer anderen Woiwodschaft ausgeübt werden soll, erlässt der zuständige Woiwode seine Entscheidung nach Absprache mit demjenigen Woiwode, auf dessen Gebiet die Dienstleistung erbracht werden soll.

Die Zusage wird Ausländern erteilt, die entsprechende berufliche Qualifikationen für die jeweilige Tätigkeit besitzen

Erteilung einer Zusage und Arbeitserlaubnis, ohne dass seitens des Woiwoden die Arbeitsmarktsituation oder die Vergabekriterien geprüft werden. *Zusagen und Arbeitsgenehmigungen werden vom zuständigen Woiwode ohne Berücksichtigung der aktuellen Arbeitsmarktsituation und Vergabekriterien erlassen, wenn die ausländischen Arbeitnehmer:*

- 1. Bürger der EU sind und ihre Arbeit als Führungskräfte gem. Art. 52 EGV nach der Vereinbarung zwischen der Republik Polen einerseits und der EU und ihren Mitgliedern andererseits vom 16. Dezember 1991 (Gesetzesblatt vom 1994 Nr. 11 Position 38; 1995 nr. 63 Position 324 und 326 und 1997 Nr. 104 Position 662) ausüben, Angehörige von Mitgliedern der diplomatischen Vertretungen, Konsulate, internationalen Organisationen oder von Vertretungen, die eine Tätigkeit im Rahmen von Verträgen und internationalen Abkommen ausüben, sind,

2. Eigentümer oder Miteigentümer von Firmen mit mindestens 50 Arbeitnehmern sind, welche die Aufnahme einer Tätigkeit oder Führungsposition beabsichtigen, wenn diese Tätigkeit zur Erhöhung der Investitionen, des Transfers von Technologien, der Einführung von günstigen Innovationen oder Schaffung von neuen Arbeitsplätzen dient,
3. Ärzte oder Zahnärzte sind, die in Polen ihr Studium abgeschlossen haben und bei staatlichen Gesundheitsanstalten benötigte Praktika absolvieren,
4. eine Vollmacht zur Vertretung von ausländischen Unternehmen in der jeweiligen Abteilung oder in der sich in Polen befindlichen Vertretung haben,
5. eine Tätigkeit als privates Hauspersonal der diplomatischen Vertretungen, Konsulate, internationalen Organisationen oder deren Vertretungen ausüben,
6. Ausländerarbeiten,
7. Pharmazeuten, die in Polen ihr Studium abgeschlossen haben und für ein Jahr benötigte Praktika absolvieren,
8. Ausländer, die eine Arbeit aufgrund internationaler Verträge im Bereich der Beschäftigung ausüben, wenn die Notwendigkeit der Beschäftigung des Ausländers durch das Organ bestätigt worden ist.

D. GRUNDLAGEN DER BESCHÄFTIGUNG VON STAATSBÜRGERN DER STAATEN AUS DEM EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEBIET UND MITGLIEDERN IHRER FAMILIEN

1. Staaten, deren Staatsbürger keine Arbeitserlaubnis besitzen müssen:

Irland, Großbritannien, Schweden.

2. Staaten, für deren Staatsbürger Beschränkungen gelten:

Die Staatsbürger dieser Staaten haben die Pflicht, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen, wenn sie in Polen einer Beschäftigung nachgehen möchten:

Dänemark, Niederlanden, Norwegen, Italien, Finnland, Belgien, Frankreich, Griechenland, Island, Liechtenstein, Luxemburg, Portugal, Österreich, Deutschland.

3. Staaten, für deren Staatsbürger das verkürzte Verfahren der Erteilung der Genehmigung gilt

Ein Wojewode erteilt eine Arbeitserlaubnis, ohne auf die unten genannten Vorschriften Bezug zu nehmen:

- a) Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt,
- b) Kriterien zur Erteilung einer Zusage und Arbeitserlaubnis,
- c) Umstände der Versagung einer Zusage oder Erlaubnis:

Dänemark, Niederlanden, Norwegen, Italien.

Für die oben genannten Staaten finden die Vorschriften Anwendung, die aufgrund Art. 88 Abs. 1 Pkt. 1 des Gesetzes vom 20. April 2004 über die Förderung der Beschäftigung und der Institutionen des Arbeitsmarktes erlassen wurden. Die Verordnung des Ministers vom 26. Mai 2004 in der Anlage Nr. 2 zu den Beschränkungen der Ausübung der Arbeit durch die Ausländer auf dem Gebiet von Polen findet das Gegenseitigkeitsprinzip die Anwendung, das in der Anlage Nr. 12 des Abkommens über den Beitritt beschrieben wird:

- Staatsbürger der oben genannten Staaten, die in Polen vor dessen Beitritt zur EU mindestens 12 Monaten gearbeitet haben,

A STAR ALLIANCE MEMBER



POLISH AIRLINES



The world at your fingertips



- Staatsbürger, die zum Arbeitsmarkt nach dem Tag des Beitritts zur EU für den ununterbrochenen Zeitraum von mindestens 12 Monaten zugelassen wurden.

4. Entsendung der Arbeitnehmer

Anders wurde die Entsendung von Arbeitnehmern gestaltet, die in Art. 88 Abs. 1 des Gesetzes über die Förderung der Beschäftigung und die Institutionen des Arbeitsmarktes und in Art. 1 der Richtlinie 96/71 EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 betreffend die Entsendung der Arbeitnehmer im Rahmen der Dienstleistung genannt wurde (Amtsblatt WE L 18 vom 21. Januar 1997).

Für deutsche und österreichische Staatsangehörige findet die oben genannte Richtlinie nur beschränkt Anwendung. Diese Ausländer sind verpflichtet, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen. Diese Beschränkungen befinden sich in der Anlage Nr. 2 Abs. 2 der Verordnung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 26. Mai 2004 (Gesetzesblatt vom 2004 Nr. 123, Position 1293):

- a) Österreichische Staatsangehörige, die Dienstleistungen im unten genannten Bereich ausüben:
 - Gartenbau,
 - Tätigkeit als Steinbearbeitung,
 - Baudienstleistungen und Ähnliches,
 - Personen- und Objektschutz,
 - Haus- und Gebäudereinigung in der Industrie,
 - häusliche Krankenpflege und Tätigkeiten ohne Bereitstellung einer Unterkunft;
- b) Deutsche Staatsangehörige, die Dienstleistungen im unten genannten Bereich ausüben:
 - Baudienstleistungen und Ähnliches,
 - Haus- und Gebäudereinigung in der Industrie,
 - Tätigkeit der Innendekorateure.

V. Steuern

A. KÖRPERSCHAFTSTEUER (CORPORATE INCOME TAX – CIT)

1. Rechtsgrundlage:

Gesetz vom 15. Februar 1992 über die Körperschaftsteuer (Gesetzesblatt Nr. 21, Position 86).

2. Steuerpflichtige sind:

- Gesellschaften mit beschränkter Haftung,
- Aktiengesellschaften,
- Kapitalgesellschaften in Gründung,
- Kapitalgruppen (mindestens zwei Gesellschaften des Handelsrechts, welche als juristische Personen kapitalmäßig miteinander verbunden sind und die im Gesetz bestimmten Voraussetzungen erfüllen),
- Organisationseinheiten ohne Rechtspersönlichkeit mit Ausnahme von Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit,
- Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit mit Sitz oder Geschäftsführung in anderem Staat, wenn sie gemäß den Vorschriften des Steuerrechts dieses Staates als Rechtspersonen behandelt sind und in dem Staat der Steuerpflicht mit ihrem gesamten Einkommen unterliegen, unabhängig vom Ort, an dem dieses erzielt wurde.

Die Steuerpflichtigen, die ihren Sitz bzw. Geschäftsführung im Gebiet der Republik Polen haben, unterliegen der Steuerpflicht hinsichtlich ihres ganzen Einkommens, unabhängig davon, wo dieses Einkommen erzielt worden ist. Die Steuerpflichtigen, die weder ihren Sitz noch ihre Geschäftsführung auf dem Gebiet der Republik Polen haben, unterliegen der Steuerpflicht hinsichtlich des Einkommens, welches im Gebiet der Republik Polen erzielt worden ist.

In dem Fall, in dem bei den letztgenannten Steuerpflichtigen eine Bestimmung des Einkommens auf Grundlage von Rechnungsbüchern nicht möglich ist, wird das Einkommen geschätzt anhand eines Richtwertes der das Einkommen im Verhältnis zu den Einkünften z.B. 5% aus einer Tätigkeit im Bereich des Groß- oder Einzelhandels, 10% aus einer Bau- oder Montagetätigkeit oder im Bereich von Transportleistungen setzt.

3. Einkommen

Grundsätzlich unterliegt der Körperschaftsteuer das Einkommen, unabhängig davon aus welchen Erwerbsquellen es stammt und erzielt wurde.

Das Einkommen ist der im Steuerjahr erzielte Überschuss der Summe der Einkünfte über die Betriebsausgaben; übersteigen die Betriebsausgaben die Summe der Einkünfte, stellt diese Differenz den Verlust dar. Erleidet der Steuerpflichtige im Steuerjahr einen Verlust, so kann er in den nachfolgenden fünf Steuerjahren den erlittenen Verlust von dem Abkommen abziehen, jedoch ist zu beachten, dass die Abzugshöhe in keinem der nachfolgenden Steuerjahre 50% des Verlustbetrages nicht übersteigen darf.

4. Der Steuersatz

Im Jahre 2005 der Steuersatz beträgt 19%.

5. *Steuerdokumentation*

Die Steuerpflichtigen, die mit verbundenen Rechtssubjekten Geschäfte betreiben oder Geschäfte mit Rechtssubjekten, die ihren Wohn- oder Geschäftssitz in sogenannten „Steeroasen“ haben, können von Steuerbehörden dazu verpflichtet werden, besondere Unterlagen / Dokumente über diese Geschäfte zu fertigen. Diese Steuerunterlagen müssen innerhalb von sieben Tagen nach der Aufforderung der Steuerbehörden vorgelegt werden und sollten unter anderem enthalten:

- Angabe der Funktion der Rechtssubjekte, welche an diesem Geschäft teilgenommen haben,
- Angabe der Kosten, die durch dieses Geschäft entstanden sind, sowie Angabe der Zahlungsform sowie des Zahlungsdatums,
- Methode und Art der Gewinnkalkulation sowie Preisbestimmung des Geschäftsgegenstandes,
- Angabe der Wirtschaftstrategie sowie anderer Handlungen in deren Rahmen,
- Bestimmung des erwarteten Nutzens im Zusammenhang mit den erhaltenen Leistungen – im Falle von Verträgen, die immaterielle Leistungen betreffen.

Wenn der Steuerpflichtige den Steuerorganen die vorgenannte Dokumente nicht vorlegt und im Rahmen der Steuerprüfung das Finanzamt oder der Kontrollbeamte nachweisen kann, dass in dem Vertrag Bedingungen ausgehandelt oder enthalten sind, die sich von Bedingungen unterscheiden, welche unabhängige Rechtssubjekte ausgehandelt hätten und der Steuerpflichtige daher keine oder niedrigere Einkünfte als zu erwarten wäre aufweist, so kann das Einkommen des Steuerpflichtigen von den Steuerbehörden geschätzt werden. Die Differenz zwischen dem von dem Steuerpflichtigen erklärten und dem von den Behörden festgestellten Einkommen ist mit einem 50%-igen Satz zu besteuern.

6. *Befreiungen*

Im Bereich der gesetzlichen Befreiungen gibt es Freistellungen, unter anderem für solche Steuerpflichtigen wie: Vereine, Verbände, Stiftungen, welche soziale Ziele verfolgen. In diesem Falle werden die Einkünfte von der Steuer befreit, die dazu bestimmt sind, die satzungsgemäßen Ziele zu verwirklichen.

7. *Erhebung der Steuer*

Die Steuerpflichtigen sind verpflichtet, jeden Monat (bis zum 20. Tag eines Monats für den Vormonat) eine Steuererklärung abzugeben und bis zu diesem Termin monatliche Vorauszahlungen abzuführen in Höhe des Unterschieds zwischen der Steuer für das seit Beginn des Steuerjahres erzielte Einkommen und der Summe der für die vorangegangenen Monate geschuldeten Vorauszahlungen.

Die Steuerpflichtigen können die Steuervorauszahlungen auch anhand eines vereinfachten Systems verrechnen. Die Höhe der Vorauszahlungen ist dann abhängig von der, im Vorjahr des Steuerjahres in der Steuererklärung ausgewiesenen Steuer oder von der Steuererklärung, die vor zwei Jahren abgegeben wurde. Bei der vereinfachten Form des Zahlungssystems müssen die Steuerpflichtigen keine Steuererklärungen abgeben.

Die Steuerpflichtigen haben die Pflicht zur Abgabe einer Jahressteuererklärung über das Einkommen (Verlust), das in dem Steuerjahr erzielt wurde bis zum dritten Monat der Folgejahre; bis zu diesem Termin haben sie die Pflicht zur Zahlung der ausgewiesenen Steuer oder der Differenz zwischen der ausgewiesenen Steuer und der Summe der Vorauszahlungen für den Zeitraum ab Anfang des Jahres.

8. *Dividenden*

Die Körperschaftsteuer auf Einkommen aus Dividenden oder andere Erträge aus der Beteiligung an Gewinnen juristischer Personen, welche ihren Geschäftssitz in der Republik Polen haben, beträgt 19%,

es sei denn, ein mit dem Staat des Sitzes oder der Geschäftsführung des Steuerpflichtigen geschlossenes Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung besagt etwas anderes.

Befreit von der Körperschaftsteuer sind Gewinne aus Dividenden und andere Erträge aus Beteiligungen am Gewinn von juristischen Personen, die ihren Sitz auf dem Gebiet der Republik Polen haben, erzielt von Gesellschaften, die folgende Bedingungen erfüllen:

- sie haben weder Sitz noch Geschäftsführung auf dem Territorium der Republik Polen,
- sie unterliegen in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union der Körperschaftsteuer für alle Einkünfte unabhängig davon, woher sie stammen,
- das Einkommen (Einkünfte) stammt aus der Beteiligung an einer juristischen Person, in der die Gesellschaft eine Mindestbeteiligung in der u.g. Höhe hält und das ununterbrochen seit mindestens zwei Jahren. Die Befreiung findet auch Anwendung, falls die Dauer von zwei Jahren der u.g. Mindestbeteiligung nach der Ausschüttung von Dividende abläuft. Die Mindestbeteiligung soll betragen:
 - ab dem 01.01.2005 bis zum 31.12.2006: 20%,
 - ab dem 01.01.2007 bis zum 31.12.2008: 15%,
 - ab dem 01.01.2009: 10%.

9. Internationale Abkommen

Internationale Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit dem Land, in dem der Sitz oder die Geschäftsführung des Steuerpflichtigen angesiedelt ist können den in Polen geltenden Steuersatz reduzieren, z.B.:

Land	Dividende	Zinsen	Lizenzgebühren
Polen (Steuersatz)	19	20	20
Australien	15	10	10
Belgien	10	10	5
Kanada	15	15	10
Deutschland	15 / 5	5	5
Finnland	15	0	10
Italien	10	10	10
Japan	10	10	10
Holland	15 / 5	5	5
Großbritannien	15	0	10
USA	15	0	10

B. EINKOMMENSTEUER (PERSONAL INCOME TAX – PIT)

1. Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Einkommensteuer von natürlichen Personen vom 26.07.1991 (Gesetzesblatt vom 2000 Nr. 80, Position 350).

2. Steuerpflichtige sind:

- natürliche Personen, die ihren Wohnsitz auf dem Gebiet der Republik Polen haben; diese Personen unterliegen der Steuerpflicht hinsichtlich ihres ganzen Einkommens unabhängig vom Ort

- der Ertragsquelle (unbeschränkte Steuerpflicht),
- natürliche Personen, die keinen Wohnsitz auf dem Gebiet der Republik Polen haben; die Personen unterliegen der Steuerpflicht nur mit dem Einkommen, das aufgrund eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses auf dem Gebiet der Republik Polen erzielt wurde, unabhängig vom Ort der Auszahlung der Vergütung. Die Steuerpflicht erstreckt sich auch auf sonstiges Einkommen, welches im Gebiet der Republik Polen erzielt wurde (beschränkte Steuerpflicht).

4. Steuertarif

Das Gesetz sieht folgende Arten der Besteuerung vor:

- a) **nach allgemeinen Grundsätzen**, d.h. nach dem im Jahr 2004 geltenden Steuertarif:

Steuerbemessungsgrundlage (PLN)		Steuer
von	bis	
	37 024	19% der Bemessungsgrundlage abzüglich des Betrages in Höhe von 530,08 PLN
37 024	74 048	6.504,48 PLN + 30% des Überschusses über 37 024 PLN
74 048	600 000	17 611,68 PLN + 40% des Überschusses über 74 048 PLN
600 000		227 992,48 PLN + 50% des Überschusses über 600 000 PLN

WICHTIG: Die Vorschrift, die die vierte Steuerstufe mit dem 50%-igen Steuersatz eingeführt hat, verstößt gegen die Verfassung und wird nach der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichtshofes nicht mehr gelten.

- b) **Steuer auf Einkommen aus einer nicht landwirtschaftlichen Wirtschaftstätigkeit**: 19% (das Einkommen, das einer derartigen Besteuerung unterliegt wird nicht mit Einkünften aus anderen Erwerbsquellen verbunden);
- c) **Pauschalsteuer**: hierbei muss beachtet werden, dass die Einkünfte, die im Gebiet der Republik Polen erzielt werden und die nach dem Gesetz einer pauschalen Besteuerung unterliegen, nicht mit Einkünften aus anderen Erwerbsquellen verbunden werden können.

Der 19% Pauschalsteuer unterliegen unter anderem:

- Zinsen aus Darlehen – ausgenommen Fälle, wenn die Darlehensgewährung Gegenstand der Wirtschaftstätigkeit ist,
- Dividenden und sonstigen Erträgen aus Beteiligung am Gewinn der juristischer Personen,
- Einkommen aus Beteiligung an Kapitalfonds.

Der 20% Pauschalsteuer unterliegen einige Einkünfte der Personen, die keinen Wohnsitz im Gebiet der Republik Polen haben, z.B.:

- Einkünfte aus der persönlich auszuführende künstlerischen, literarischen, publizistischen, wissenschaftlichen Tätigkeit,
- Einkünfte aus persönlich auszuführender Tätigkeit der Geschäftsführer (Vorstandsmitglieder) und Mitglieder der Aufsichtsräte,
- Einkünfte aus persönlicher Erbringung von Dienstleistungen aufgrund eines Auftrags- oder Werkvertrages.

C. MEHRWERTSTEUER (VALUE ADDED TAX – VAT)

Am 11. März 2004 hat der Sejm das Gesetz über die Mehrwertsteuer (Gesetzesblatt Nr. 54, Position 535) verabschiedet. Dieses Gesetz hat das Gesetz vom 8. Januar 1993 über die Mehrwertsteuer und die Verbrauchssteuer ersetzt. Das vorrangige Ziel des Gesetzes war die Anpassung der Vorschriften in diesem Bereich an die Anforderungen, die aus den Richtlinien der Europäischen Union resultierten.

1. *Steuerpflichtige*

Das entscheidende Kriterium, was das jeweilige Subjekt (juristische Personen, Organisationseinheiten ohne Rechtspersönlichkeit, natürliche Personen) zum Steuerpflichtigen der Mehrwertsteuer macht, ist die selbständige Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit, unabhängig vom Ziel und Erfolg dieser Tätigkeit. Eine wirtschaftliche Tätigkeit umfasst alle Tätigkeiten eines Erzeugers, Händlers oder Dienstleistenden, einschließlich der Tätigkeiten der Landwirte sowie der freien Berufe und der diesen gleichgestellte Berufe, auch dann, wenn die Tätigkeit nur einmalig erfolgt, jedoch die Umstände auf die Absicht ihrer dauerhaften Ausführung hinweisen.

Als wirtschaftliche Tätigkeit gilt auch eine Leistung, die die Nutzung von Waren oder immateriellen und rechtlichen Werten zur nachhaltigen Erzeugung von Einnahmen umfasst.

2. *Gegenstand der Besteuerung*

Der Besteuerung unterliegen:

- Entgeltliche Lieferung von Gegenständen und entgeltliche Dienstleistungen,
- Export und Import von Waren,
- Innergemeinschaftlicher Erwerb von Waren gegen Entgelt,
- Innergemeinschaftliche Lieferung von Waren.

3. *Besteuerung von Immobilien*

Seit dem 1. Mai 2004 unterliegt der Verkauf (Gesetz spricht von der „Lieferung“) von Grundstücken einer Besteuerung. Die Besteuerung umfasst jedoch nur Baugrundstücke, da für andere Grundstücke Befreiungstatbestände im Gesetz vorgesehen sind.

Im Falle des Verkaufes eines Gebäudes, was dauerhaft mit dem Grundstück verbunden ist, wird der Grundstückswert nicht von der Besteuerung ausgeschlossen. Das heißt, dass im Falle des Verkaufs eines Gebäudes mit dem für das Gebäude richtigem Steuersatz auch das Grundstück, das dauerhaft mit dem Gebäude verbunden ist, besteuert wird. Dies betrifft auch die Bestellung eines Wohnrechts oder eines genossenschaftlichen Eigentumsrechts am Wohnraum, welches durch das Gesetz einer Lieferung gleichgestellt wurde (dies betrifft nur den Wohnraum, der vor dem 1. Mai 2004 nicht bewohnt war).

Der Verkauf von Baugrundstücken (unbebauten) unterliegt einer grundsätzlichen Mehrwertsteuer von 22%.

Von der Mehrwertsteuer wurde der Verkauf von Wohngebäuden oder Gebäudeteilen befreit, mit Ausnahme der Gebäude oder Gebäudeteile, die zum ersten mal besiedelt oder bewohnt werden sollen; diese Befreiung gilt nicht für Gebäude, die nicht zu Wohnraumzwecken gebaut wurden.

Der Verkauf eines bereits genutzten Wohngebäudes im Sinne des Gesetzes (zusammen mit dem Grundstück, mit dem das Gebäude fest verbunden ist), wird von der Mehrwertsteuer befreit.

4. Besteuerungsgrundlage

Die Besteuerungsgrundlage, mit den im Gesetz genannten Ausnahmen, ist der Umsatz, d.h. der zustehende Betrag aus dem Verkauf, gemindert um den Betrag der geschuldeten Steuer. Der zustehende Betrag umfasst die Gesamtheit der Leistung, die dem Erwerber geschuldet wird. Im Fall eines innergemeinschaftlichen Erwerbs von Waren ist die Besteuerungsgrundlage der Umsatz, den der Erwerber zu bezahlen verpflichtet ist.

Die Besteuerungsgrundlage beinhaltet:

- Steuern, Zölle und andere Bezahlungen die mit dem Erwerb von Waren in Zusammenhang stehen,
- Nebenkosten wie Provisions-, Verpackungs-, Beförderungs- und Versicherungskosten, die der Leistungserbringer von dem Abnehmer des innergemeinschaftlichen Erwerbs verlangt.

Die Besteuerungsgrundlage beim Warenimport ist der Zollwert, vergrößert um den anfallenden Zoll; wenn die importierten Waren der Verbrauchssteuer unterliegen, bildet die Besteuerungsgrundlage der Zollwert, vergrößert um den Zoll und die Verbrauchssteuer.

5. Steuersätze

Der Grundsteuersatz beträgt 22%.

Der geminderte Steuersatz von 7% betrifft Waren und Dienstleistungen, die im Anhang Nr. 3 des Gesetzes erwähnt sind (z.B. Getreide, Gemüse, Fleisch, Fisch, Backwaren, Kinderschuhe, Bücher die mit dem ISBN Symbol versehen sind, Waren die zum Brandschutz bestimmt sind, Hoteldienstleistungen).

Der geminderte Steuersatz von 3% betrifft Waren und Dienstleistungen, die im Anhang Nr. 6 des Gesetzes erwähnt sind – dies betrifft Waren, für welche Polen eine Übergangszeit eingeräumt wurde. Dieser Steuersatz gilt bis zum 30.4.2008.

6. Verrechnungen

Neue Vorschriften, die in Polen das System der Mehrwertsteuererhebung regeln, erhalten auch weiterhin den Grundsatz, wonach das Recht zur Minderung der geschuldeten Steuer um den Betrag der Vorsteuer einem Steuerpflichtigen nur in dem Bereich zusteht, in dem die durch ihn erworbenen Waren und Dienstleistungen zur Ausführung der steuerpflichtigen Tätigkeit dienen.

7. Registrierkassen

Steuerpflichtige, die Waren oder Dienstleistungen an natürliche Personen verkaufen, die keine Wirtschaftstätigkeit führen oder eine Wirtschaftstätigkeit in Form eines individuellen Landwirtschaftsbetriebs unterhalten, sind verpflichtet, den Umsatz und die geschuldete Steuer durch Nutzung von Registrierkassen zu verbuchen.

8. Subjektive Befreiungen

Befreiungen von der Mehrwertsteuer stehen zu:

- Steuerpflichtigen, deren besterter Verkaufswert den Gegenwert in PLN von 10 000 Euro insgesamt im vorigen Steuerjahr nicht überschritten hat. Diesem Betrag wird der Steuerbetrag nicht hinzugerechnet,
- Steuerpflichtigen, die eine der Besteuerung unterliegende Tätigkeit im Laufe des Steuerjahres beginnen, wenn der zu erwartende besteuerte Verkaufswert, im Verhältnis zum Verkaufszeitraum, einen Wert von 10 000 Euro nicht übersteigt.

9. Maklerunternehmen

Im Falle von Steuerpflichtigen, die Leiter eines Maklerunternehmens, Investmentfondmanager, Agenten, Auftragnehmer oder Kommissionär sind, versteht man unter dem oben bestimmten besteuerten Verkaufswert das 30-fache des Provisionsbetrages, bzw. anderer Formen von Vergütungen für die Erbringung von Dienstleistungen.

D. STEUER AUF ZIVILRECHTLICHE HANDLUNGEN

1. Rechtsgrundlage

Gesetz vom 9. September 2000 über die Steuer auf zivilrechtlichen Handlungen (Gesetzesblatt Nr. 86, Position 959).

2. Der Steuer unterliegen:

- zivilrechtliche Handlungen, die in Art. 1 Abs.1 des Gesetzes genannt sind, unter anderem Kaufverträge, sowie Tauschverträge über Gegenstände und Vermögensrechte, Darlehensverträge, Bestellung einer Hypothek sowie Gesellschaftsverträge (Gründungsverträge),
- eine Änderung der o.g. Verträge, solange sie eine Erhöhung der Besteuerungsgrundlage der Steuer auf zivilrechtliche Handlung bewirkt,
- Gerichtsentscheidungen und Vergleiche, wenn sie die gleichen rechtlichen Folgen haben, wie die Tätigkeiten, die der Steuer auf zivilrechtliche Handlungen unterliegen.

3. Steuerpflichtige

Steuerpflichtig sind natürliche Personen, juristische Personen, Organisationseinheiten ohne Rechtspersönlichkeit, die eine zivilrechtliche Handlung vornehmen.

4. Der Steuersatz beträgt

- a) vom Kaufvertrag:
 - Immobilien, Mobilien, Erbbaurecht, genossenschaftliches Eigentumsrecht an Wohnraum, genossenschaftliches Eigentumsrecht an Geschäftsräumen sowie ein aus dem Genossenschaftsrecht resultierendes Recht an einem Einfamilienhaus und Recht an einer Räumlichkeit in einem kleinen Wohnhaus – 2%,
 - sonstige Vermögensrechte – 1%;
- b) von Darlehensverträgen – 2%;
- c) von Gesellschaftsverträgen – 0,5%.

E. IMMOBILIENSTEUER

1. Rechtsgrundlage

Gesetz vom 12. Januar 1991 über die örtlichen Steuer und Gebühren (Gesetzesblatt Nr. 9, Position 31 mit späteren Änderungen).

2. Besteuerungsobjekte sind:

Grundstücke, Gebäude, Bauten und Bauanlagen im Sinne der Vorschriften des Baugesetzbuches, die mit dem Baubjekt verbunden sind und die bestimmungsgemäße Nutzung des Gebäudes sichern.

3. Personen, die zur Zahlung der Steuer verpflichtet sind:

- Eigentümer,

- Erbbauberechtigte,
- Eigenbesitzer,
- in manchen Fälle – Fremdbesitzer von Immobilien bzw. Immobilienanteilen, welche zum Eigentum des Staates oder einer Einheit der regionalen Selbstverwaltung gehören.

4. Steuersätze

Die Grenzwerte der Steuer werden seit dem Jahr 2003 durch den Finanzminister bestimmt und im „*Monitor Polski*“ bekannt gegeben. Der Gemeinderat (*Rada Gminy*), im Beschluß:

- bestimmt die Höhe von Steuersätzen und von den auf seinem Gebiet geltenden Gebühren,
- kann Steuerbefreiung für bestimmte Einnahmen und Befreiung für kommunale Gebühren auferlegen.

5. Im Steuerjahr 2005 gelten folgende Grenzwerte:

- a) von Grundstücken, die im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit stehen – 0,66 PLN pro 1 m² Fläche;
- b) von Gebäuden oder ihren Teilen:
 - Wohngebäude – 0,54 PLN pro 1 m² Gebrauchsfläche,
 - die mit der Wirtschaftstätigkeit verbunden sind und von Teilen der Wohngebäude, die für die Wirtschaftstätigkeit genutzt werden – 17,98 PLN pro 1 m² Gebrauchsfläche,
 - die belegt sind um eine Wirtschaftstätigkeit im Bereich des qualifizierten Umsatzes mit Saatgut zu führen – 8,37 PLN pro 1 m² Gebrauchsfläche,
 - die im Rahmen einer Wirtschaftstätigkeit im Bereich der Gesundheitsleistungen genutzt werden – 3,61 PLN pro 1 m² Gebrauchsfläche,
 - sonstige, darin die genutzt werden zu einer entgeltlichen satzungsgemäßen Förderung des öffentlichen Nutzens durch Wohlfahrtsorganisationen – 6,01 PLN pro 1 m²;
- c) von Bauten – 2% von ihrem Wert.

VI. Investitionsförderung in Polen

Die weiter aufgeführten Formen der Investitionsförderung müssen mit den Rechtsvorschriften für öffentliche Hilfe für Unternehmer übereinstimmen. Man kann verschiedene Formen öffentlicher Hilfe miteinander verbinden, aber der Gesamtwert der Steuerbefreiung, finanzieller Beihilfe und anderer Arten öffentlicher Hilfe für Investoren kann den zulässigen Höchstwert öffentlicher Hilfe nicht übersteigen, der in einschlägigen Rechtsvorschriften bestimmt ist.

A. FINANZIELLE INVESTITIONSFÖRDERUNG

Das Gesetz über finanzielle Investitionsförderung trat in Kraft am 20. Mai 2002. Es bestimmt die Prinzipien und Formen der Gewährung finanzieller Beihilfe für Unternehmer, die neue Investitionen vornehmen oder neue Arbeitsplätze bilden, die mit diesen Investitionen verbunden werden. **Die nach diesem Gesetz gewährte finanzielle Beihilfe ist regionale öffentliche Hilfe für Unternehmer und unterliegt somit allen Bedingungen, die für die Gewährung öffentlicher Hilfe gelten** und in entsprechenden Regelungen der Europäischen Union bestimmt sind, die in Polen seit 1. Mai 2004 direkt gelten.

Finanzielle Beihilfe für neue Investitionsvorhaben kann den Investoren gewährt werden, die:*

- mindestens 10 000 000 Euro investieren,
- mindestens 500 000 Euro investieren, und diese Investition umfasst den Ausbau oder Modernisierung des Unternehmens und sichert Aufrechterhalten von mindestens 100 Arbeitsplätzen in der Zeitperiode von 5 Jahren,
- mindestens 20 neue Arbeitsplätze bilden und sie für mindestens 5 Jahre aufrechterhalten,
- eine technologische Innovation einführen,
- Investitionen realisieren, die Einfluss auf Verbesserung der Umwelt haben,
- auf dem Gebiet eines Industrie- oder Technologieparks investieren.

Die einem Unternehmer gewährte finanzielle Beihilfe kann für folgende Ziele bestimmt werden:

- finanzielle Beihilfe für Ausgaben, die sich als geeignet für die finanzielle Förderung der Investitionsvorhaben qualifizieren (Investitionsgrant) – **bis 50% der Höchstintensität regionaler Hilfe,**
- Bildung neuer Arbeitsplätze (Grant für neue Arbeitsplätze) – bis zum Gegenwert von – **4 000 Euro pro gebildeten Arbeitsplatz**, wobei die Höhe der Beihilfe den Teil zweijähriger Arbeitskosten neu eingestellter Arbeitnehmer nicht übersteigen kann, der der Höchstintensität regionaler Hilfe entspricht.

Höchstintensität regionaler Hilfe in Polen:

Warschau, Poznań:	30%,
Gdańsk-Sopot-Gdynia, Wrocław, Kraków:	40%,
sonstige Regionen in Polen:	50%.

* Als neue Investition ist die Investition zu verstehen, die mit dem Errichten oder Ausbau eines Unternehmens verbunden ist oder mit dem Beginn von Handlungen im Unternehmen, die Einführung grundsätzlicher Änderungen der Produktion oder des Produktionsprozesses umfassen, Änderungen eines Produktes bzw. einer Dienstleistung, darunter auch Änderungen im Bereich der Methode des Erbringens von Dienstleistungen.

Für **Kleine und Mittelstandsunternehmen** wurde der Höchstwert der Hilfe um weitere 15 Prozentpunkte erhöht.

Für **grosse Investitionsvorhaben** ist die Höhe der Hilfe herabgesetzt. Der Höchstwert der Hilfe für Realisierung eines grossen Investitionsvorhabens (Ausgaben, die sich als geeignet für die finanzielle Beihilfe qualifizieren, betragen über 50 Mio. Euro) wird nach folgender Formel berechnet:

Höchstwert der Hilfe = $R \times (50 + 0,50 B + 0,34 C)$, wobei:

R – Höchstintensität der Hilfe, die im jeweiligen Gebiet möglich ist;

B – Höhe der Ausgaben, die sich als geeignet für die finanzielle Beihilfe qualifizieren, oberhalb von 50 Mio. Euro – bis zum Gegenwert von 100 Mio. Euro;

C – Höhe der Ausgaben, die sich als geeignet für die finanzielle Beihilfe qualifizieren, oberhalb von 100 Mio. Euro.

Die Höchstintensität der Hilfe im **Automobilbereich**, die für Vorhaben gewährt wird, bei denen der Betrag finanzieller Beihilfe 5 Mio. übersteigt, beträgt **30% der Intensität der Hilfe in der jeweiligen Region**.

Ausgaben, die sich als geeignet zur Beihilfe qualifizieren:

- Anschaffungspreis der Grundstücke (bis 10% der Gesamtausgaben des Investitionsvorhabens),
- Anschaffungspreis oder Herstellungskosten des Anlagevermögens (Kosten von Gebäuden, Bauten, Maschinen und Infrastruktur),
- Anschaffungspreis des gebrauchten Anlagevermögens,
- Anschaffungspreis immaterieller und rechtlicher Werte (bis 25% der Höhe der o.g. Ausgaben),
- Einrichtungskosten des Anlagevermögens,
- Anschaffungspreis von Materialien und Bauarbeiten,
- Gebühren für juristische Beratung, Notariatsgebühren, Kosten technischer und finanzieller Gutachten,
- Gebühren für die Bankkontoführung, soweit die Auszahlung der Beihilfe der Eröffnung eines getrennten Bankkontos verlangt.

Andere Beihilfe

Investoren, die finanzielle Beihilfe für Investitionen in Anspruch nehmen, können sich auch um andere Unterstützungsformen bewerben, wie Steuerbefreiung in Sonderwirtschaftszonen oder lokale steuerliche Vergünstigungen, wobei der Gesamtwert finanzieller Beihilfe sowie anderer Arten regionaler Hilfe, die den Investoren angeboten werden, die Höchstintensität regionaler Hilfe nicht übersteigen können, die man für das jeweilige Investitionsvorhaben erreichen kann.

Die wirtschaftliche Tätigkeit im Zusammenhang mit der jeweiligen Investition soll mindestens 5 Jahre lang nach dem Tag der Investitionsbeendigung geführt werden, und im Fall der Beihilfe für Bildung neuer Arbeitsplätze sollen die neu gebildeten Arbeitsplätze mindestens 5 Jahre lang nach dem Tag der Investitionsbeendigung aufrechterhalten bleiben.

Anträge auf Gewährung finanzieller Beihilfe werden beim Minister, der für Fragen der Wirtschaft zuständig ist, in den Monaten März und Juni eines jeden Kalenderjahres eingereicht. Die Entscheidung trifft der Minister nach Beratung mit der Abteilung für Gewährung finanzieller Beihilfe für Unternehmer. Der Investor, für den eine positive Entscheidung getroffen wurde, wird zum Unterzeichnen des Vertrags mit dem Minister eingeladen.

B. SONDERWIRTSCHAFTSZONEN

Die Sonderwirtschaftszone (SWZ – *Specjalna Strefa Ekonomiczna*) ist ein administrativ abgesonderter Teil des polnischen Hoheitsgebietes, in dem ein für die Führung wirtschaftlicher Tätigkeit freundliches Klima geschaffen wurde. Die Zone ist kein exterritoriales Gebiet, sie ist weder umzäunt noch auf irgendeine physikalische Weise isoliert. Die SWZ bietet Präferenzsteuerbedingungen und Sondergebiete, auf denen die Unternehmer ihre wirtschaftliche Tätigkeit von der Körperschaftsteuer befreit führen können.

Aktuell existieren in Polen 14 Sonderwirtschaftszonen, von denen jede aus einigen Unterzonen besteht. Einem Unternehmer, der sich für das Investieren entscheidet, z.B. in der Wałbrzych SWZ, schlägt die Verwaltung der Zone mehrere Standorte vor, die nicht unbedingt miteinander grenzen. Dadurch ist die Wahl des günstigsten Standortes möglich. Die Verwaltung der Zone erteilt auch Genehmigungen für die wirtschaftliche Tätigkeit in der SWZ und sichert Hilfe für Investoren in Form von z.B. Erleichterung der Kontakte mit örtlichen Behörden oder der Zentralen Verwaltung u.a. beim Kauf der Grundstücke für Investitionen. Die folgende Karte zeigt die Lage der einzelnen SWZ in Polen.

Bild 1. Sonderwirtschaftszonen in Polen



Befreiung von der Körperschaftsteuer

Ein Unternehmer, der sich für das Investieren in der SWZ entschieden hat, wird von der Körperschaftsteuer von der wirtschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Zone befreit. Die Befreiung von der Körperschaftsteuer von der wirtschaftlichen Tätigkeit, die in der SWZ geführt wird, gilt als regionale öffentliche Hilfe. Nach den Rechtsvorschriften über öffentliche Hilfe kann ihr Höchstwert die Höchstintensität der Hilfe für die jeweilige Region Polens nicht überschreiten. Diese Intensität bestimmt den zulässigen

Anteil regionaler Hilfe an Kosten, die sich als geeignet für die Deckung im Rahmen solcher Hilfe qualifizieren. Die Intensität regionaler Hilfe in allen Zonen, mit Ausnahme vom Kraków Technologiepark, beträgt 50% (in Kraków – 40%). Die Steuerbefreiung in der SWZ kann man in Bezug auf die Größe der Investition oder die Bildung neuer Arbeitsplätze bekommen.

Deswegen kann ein Unternehmer, der ein grosses Unternehmen führt, die Steuerbefreiung bis 50% des Wertes der Investition bekommen (in Kraków bis 40%). Kleine und Mittelstandsunternehmen können eine Steuerbefreiung in der Höhe von 65% des Investitionswertes bekommen (in Kraków bis 65%). Dadurch kann also ein Unternehmer, der 10 Mio. USD angelegt hat und als grosser Unternehmer qualifiziert wurde, die Körperschaftsteuer solange nicht zahlen, bis die Summe der zu zahlenden Steuern 5 Mio. USD übersteigt.

Der Investitionsaufwand (Ausgaben, die sich als geeignet zur Beihilfe qualifizieren) umfasst:

- Anschaffung von Grundstücken,
- Aufwendungen für Gebäude und Bauten,
- Aufwendungen für Ausstattung mit materiellem Vermögen (Maschinen und Einrichtungen, Werkzeuge und Instrumente, Einrichtungen für die Büroarbeit, technische Infrastruktur),
- Anschaffungspreis immaterieller und rechtlicher Werte (bis 25% der Investitionskosten).

Prinzipien

Die wirtschaftliche Tätigkeit, die mit der jeweiligen Investition verbunden ist, sollte mindestens 5 Jahre lang nach der Beendigung der Investition geführt werden.

Um die Steuerbefreiung wegen Bildung neuer Arbeitsplätze in Anspruch zu nehmen, muss der Investor neu gebildete Arbeitsplätze mindestens 5 Jahre lang aufrechterhalten, und die Befreiung kann 50% (in Kraków 40%) des Wertes zweijähriger Arbeitskosten nicht übersteigen (entsprechend 65% bzw. 55% für kleine bzw. Mittelstandsunternehmen). Die Arbeitskosten umfassen die Bruttovergütung und andere obligatorischen Gebühren, die mit der Beschäftigung verbunden sind.

Der Mindestwert des Investitionsaufwands, der zur öffentlichen Hilfe in der SSE berechtigt, beträgt 100 000 Euro.

In der SSE kann man folgende Privilegien erhalten:

- Befreiung von der Körperschaft- bzw. Einkommensteuer,
- Kauf eines entschlossenen Geländes zum günstigen Preis,
- unentgeltliche Hilfe beim Erledigen der Gründungsformalitäten,
- Befreiung von der Grundsteuer (erteilt durch die kommunale Behörde auf dem Gemeindeniveau),
- Finanzielle Beihilfe für Schulungsmassnahmen für Arbeitnehmer.

Zuständige Behörde

Die Genehmigung für die Führung der wirtschaftlichen Tätigkeit in einer Sonderwirtschaftszone erteilt die Verwaltung der SSE, die auch alle Formalitäten erledigt.

	Sonderwirtschaftszone	Internetseite
1	Kamienna Góra SWZ für Kleine Unternehmen	www.ssemp.pl
2	Katowice SWZ	www.ksse.com.pl
3	SWZ – Kraków Technologiepark	www.sse.krakow.pl
4	Kostrzyń-Ślubice SWZ	www.kssse.pl
5	SWZ Legnica	www.strefa-legnica.com

6	Łódź SWZ	www.sse.lodz.pl
7	Euro-Park Mielec SWZ	www.europark.com.pl
8	Pomerania SWZ	www.strefa.gda.pl
9	Ślupsk SWZ	www.sse.slupsk.pl
10	SWZ „Starachowice” AG	www.sse.com.pl
11	Suwałki SWZ	www.ssse.com.pl
12	SWZ Tarnobrzeg	www.tsse.pl
13	Wałbrzych SWZ „Invest-Park”	www.invest-park.com.pl
14	Warmia-Mazury SWZ	www.wmsse.com.pl

C. BEFREIUNG VON DEN KOMMUNALEN STEUERN

Immobiliensteuer

Möglich ist eine vollständige oder teilweise Befreiung von der Immobiliensteuer. Das bedeutet, dass die Unternehmer ihr Gelände nutzen können, ohne Steuer dafür zu zahlen. Es ist eine allgemeine Befreiung (für die Gruppe von Unternehmern, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen) und wird zur kommunalen öffentlichen Hilfe gerechnet.

Beispiel:

Fläche, die von Produktionseinrichtungen besetzt wird: 10 000 m²,
 Grundsteuer pro qm beträgt z.B. 2 USD,
 Gewinn des Unternehmers bei vollständiger Befreiung von der Grundsteuer 20 000 USD.

Zuständige Behörde: Gemeinderat (*Rada Gminy*).

Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer)

Möglich ist eine vollständige oder teilweise Befreiung von der Kfz-Steuer. Diese Steuer betrifft nur LKWs und Busse. Von den PKWs wird keine Kfz-Steuer bezogen. Es ist eine allgemeine Befreiung (für die Gruppe von Unternehmern, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen).

Zuständige Behörde: Gemeinderat (*Rada Gminy*).

D. FINANZIELLE BEIHILFE FÜR DIE BESCHÄFTIGUNG DER ARBEITSLOSEN

Die Unternehmer können von der Kommunalbehörde eine finanzielle Beihilfe für die Beschäftigung der Arbeitslosen und Einführung von Schulungsmassnahmen für Arbeitnehmer bekommen.

Formen der Beihilfe:

- Deckung der Ausstattungskosten neuer Arbeitsplätze,
- Deckung der Sozialversicherungsbeiträge (bis zur dreifachen Höhe des Mindestlohns),
- Schulung künftiger Arbeitnehmer nach Bedürfnissen des Arbeitgebers,
- Finanzieren der Einarbeitungszeit arbeitsloser Hochschulabsolventen,
- Deckung der Beschäftigungskosten der Arbeitslosen.

Zuständige Behörde: Kreisarbeitsamt (*Powiatowy Urząd Pracy*) und Kreisbehörde (*Starosta*).

VII. Häufig gestellte Fragen

1. WELCHE FORMEN DER WIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT SIND IN POLEN FÜR AUSLANDSINVESTOREN ZUGELASSEN?

Investoren aus der EU und dem EWR können von den folgenden Formen der Wirtschaftstätigkeit diejenige wählen, die für sie am günstigsten ist:

- Eintragung ins Gewerberegister,
- Gesellschaft bürgerlichen Rechts,
- offene Handelsgesellschaft,
- Kommanditgesellschaft,
- Kommanditgesellschaft auf Aktien,
- Partnerschaftsgesellschaft,
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
- Aktiengesellschaft.

Staatsbürger von Staaten außerhalb der EU sowie des EWR können eine Wirtschaftstätigkeit nach den gleichen Regeln, die für polnische Staatsangehörige gelten, eingehen und ausüben, jedoch unter der Bedingung, dass sie von den polnischen Behörden eine Ansiedlungserlaubnis auf dem Gebiet der Republik Polen bzw. eine Duldung, Anerkennung als Flüchtling oder temporalen Schutz erhalten. Dennoch, sofern internationale Verträge, welche die Republik Polen mit anderen Staaten geschlossen hat, nichts anderes bestimmen, dürfen sie gleichwohl keine Wirtschaftstätigkeit in Form einer Einmanngesellschaft, einer von natürlichen Personen gegründeten Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder offenen Handelsgesellschaft eingehen oder ausüben.

Außerdem dürfen ausländische Unternehmer ihre Wirtschaftstätigkeit in Polen als **Zweigniederlassung** oder **Vertretung** führen.

2. WELCHE KOSTEN SIND MIT DER GESELLSCHAFTSGRÜNDUNG IN POLEN VERBUNDEN?

Das Stammkapital einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung muss mindestens **PLN 50 000** betragen. Das Grundkapital einer Aktiengesellschaft darf nicht weniger als **PLN 500 000** betragen.

Die Aktien können auch als bargeldlose Einlagen angenommen werden.

Die Satzung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaft bedarf der notariellen Form.

1) Die **Notariatsgebühr** für das Errichten der Satzung bzw. Gründungsurkunde einer Aktiengesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird nach der Höhe des Stammkapitals berechnet, wobei die Höchstgebühren folgende Beträge nicht übersteigen können:

- bis 60 000 → PLN 710 + 1% des Betrags oberhalb von PLN 30 000;
- von PLN 60 000 bis 1 000 000 → PLN 1 010 + 0,5% des Betrags oberhalb von PLN 60 000;
- von PLN 1 000 000 → PLN 5 710 + 0,25% des Betrags oberhalb von PLN 1 000 000 (bis zum 6-fachen des durchschnittlichen monatlichen Lohnes im letzten Jahr).

2) Die **Mehrwertsteuer (VAT)** auf notarielle Leistungen beträgt 22%.

3) Die **Steuer auf zivilrechtliche Handlungen** beträgt 0,5 % des Stammkapitals.

4) Kosten der Eintragung ins Polnische Gerichtsregister (KRS) und der Bekanntmachung im Gerichts- und Wirtschaftsanzeiger „Monitor Sądowy i Gospodarczy“:

- Gerichtsgebühr – PLN 1 000,
- Gebühr für die Bekanntmachung im Gerichts- und Wirtschaftsanzeiger – PLN 500.

5) Orientierungskosten der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Stammkapital PLN 50 000 beträgt:

- Notariatsgebühr → **910** PLN (710 PLN + 200 PLN – 1% von 20 000 PLN),
- Mehrwertsteuer (VAT) auf notarielle Leistungen → **200** PLN (22%),
- Steuer auf zivilrechtliche Handlungen → **250** PLN (0,5% vom Stammkapital),
- Eintragung ins Polnische Gerichtsregister → **1 000** PLN,
- Veröffentlichung im Gerichts- und Wirtschaftsanzeiger → **500** PLN.

Kosten in PLN gesamt: 52 860 (50 000 dem Stammkapital + 2 860 den Gründungskosten).

Orientierungskosten in USD: 14 286 (1 USD = 3,7 PLN)*.

Orientierungskosten in EURO: 11 746 (1 EURO = 4,5 PLN)*.

3. WELCHE STEUERN ZAHLEN UNTERNEHMER?

Steuer	Satz / Bemerkungen
Körperschaftsteuer (CIT)	19%
Einkommensteuer (PIT)	Progressiv – 19%, 30%, 40%
Mehrwertsteuer (VAT)	Grundsatz – 22%, herabgesetzte Sätze – 7% oder 3%, Exportsatz und Steuersatz innergemeinschaftlicher Lieferungen – 0%
Akzise	Berechnet prozentual vom Warenwert oder auf der Mengenbasis (fester Satz pro Einheit), Auferlegt u.a. auf: Fahrzeuge, Kraftstoffe, Energie, Alkohol, Tabakwaren, Feuerwaffen, Parfüm und Kosmetika
Immobiliensteuer	Sätze werden von den einzelnen Gemeinderäten bestimmt; Sie unterscheiden sich je nach Lage und Verwendungszweck der Immobilie
Kraftfahrzeugsteuer	Sätze werden von den einzelnen Gemeinderäten bestimmt; Sie unterscheiden sich je nach Art der Transportmittel; Gilt für LKW und Busse
Steuer auf zivilrechtliche Handlungen	Obligatorisch bei einigen zivilrechtlichen Rechtsgeschäften, z.B.: Kaufvertrag, Hypothekenbestellung, Gesellschaftsvertrag; die Sätze unterscheiden sich je nach Geschäftsart
Stempelsteuer	Gilt für: Bescheinigungen, Genehmigungen, amtliche Gesuche, einige Dokumente (u.a. Wechsel); die Sätze unterscheiden sich je nach Geschäftsart

* September 2004

4. WIE KANN EIN AUSLÄNDER IMMOBILIEN ERWERBEN?

Der Immobilienerwerb durch Ausländer verlangt generell der Genehmigung des Ministers für Inneres und Verwaltung.

Der generelle Prinzip der Genehmigungspflicht für den Erwerb von Immobilien oder Beteiligungen an Gesellschaften, die Eigentümerinnen oder Erbnißbraucherinnen der Immobilien sind, durch Ausländer, gilt seit 1. Mai 2004 nicht mehr für Bürger bzw. Unternehmer, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort bzw. Sitz auf dem Gebiet des Europäischen Wirtschaftsraumes haben (EU-Länder sowie Island, Norwegen und Liechtenstein). Die Genehmigung regelmäßig erforderlich im Falle des Erwerbs landwirtschaftliche und forstwirtschaftlicher Immobilien sowie eines zweiten Hauses.

Eine generelle Ausnahme von der Genehmigungspflicht durch Ausländer besteht für den Erwerb der Wohnung.

Die Genehmigung wird auf Antrag des Ausländers als Verwaltungsakt erteilt.

5. WIE KANN EIN AUSLÄNDER DIE ARBEITSGENEHMIGUNG IN POLEN ERHALTEN?

Das Verfahren der Erteilung einer Arbeitsgenehmigung verläuft in 3 Stufen:

- 1) Erhalt der Zusicherung der Erteilung einer Arbeitsgenehmigung vom Arbeitgeber, der den Ausländer zu beschäftigen beabsichtigt,
- 2) Erhalt eines Aufenthaltvisums mit Arbeitsgenehmigung oder einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung durch den Ausländer,
- 3) Erteilung der Arbeitsgenehmigung für den Ausländer.

Sowohl die Zusicherung der Erteilung einer Arbeitsgenehmigung als auch die Arbeitsgenehmigung selbst werden vom Wojewoden ausgestellt, dessen Zuständigkeit sich nach dem Sitz des Arbeitgebers richtet.

6. MUSS EIN AUSLÄNDER, DER EIN VORSTANDSMITGLIED IST, EINE ARBEITSGENEHMIGUNG HABEN?

JA, es sei denn – sein gewöhnlicher Aufenthaltsort liegt im Ausland, und er übt seine Arbeit auf dem Gebiet Polens höchstens 30 Tage im Kalenderjahr aus.

7. WELCHE INVESTITIONSFÖRDERUNGEN SIND FÜR AUSLANDSINVESTOREN VORGESEHEN?

Investitionsförderungen, die für Auslandsinvestoren vorgesehen sind:

- Befreiung von der Körperschaftsteuer in Sonderwirtschaftszonen,
- finanzielle Subventionen für neue Investitionen,
- finanzielle Subventionen für die Bildung neuer Arbeitsplätze und für Schulungsmaßnahmen für Arbeitnehmer,
- Befreiung von kommunalen Steuern und Gebühren.

8. WELCHE BEDINGUNGEN GELTEN FÜR INVESTITIONEN IN SONDERWIRTSCHAFTSZONEN?

Um die Tätigkeit in Sonderwirtschaftszonen zu entfalten und steuerliche Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen, sollte man:

- die Genehmigung für die Wirtschaftstätigkeit in der Zone beantragen,
- mindestens EUR 100 000 investieren,

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN

- die Wirtschaftstätigkeit entfalten, für welche die Genehmigung ausgestellt wurde, und 5 Jahre lang Eigentümer dieser Teile des Vermögens bleiben, die mit dem Investitionsaufwand verbunden sind (im Fall der Erteilung von Subventionen für neue Investitionen),
- die Wirtschaftstätigkeit entfalten, für welche die Genehmigung ausgestellt wurde, und die gebildeten Arbeitsplätze 5 Jahre lang aufrechterhalten (im Fall von Subventionen für neue Arbeitsplätze).

Inhaltsverzeichnis

I.	EINLEITUNG	1
II.	WIRTSCHAFTSTÄTIGKEITEN IM GEBIET DER REPUBLIK POLEN	3
A.	Formen der Ausübung der Wirtschaftstätigkeit in Polen:.....	3
B.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung – Gründung „Schritt für Schritt“	7
C.	Kommanditgesellschaft – Gründung	11
D.	Vertretungen – Gründung	12
E.	Zweigniederlassung – Gründung	15
F.	Gründungskosten einer Firma	17
III.	IMMOBILIENERWERB DURCH AUSLÄNDER	19
A.	Prinzipien	19
B.	Fälle der Erlangung der notwendigen Genehmigung	20
C.	Praxis der Genehmigungserteilung	21
D.	Ausnahmen	22
IV.	ARBEITS- UND AUFENTHALTSRECHT DER AUSLÄNDER IN POLEN	23
A.	Grundsatzfragen	23
B.	Visum	24
C.	Die Beschäftigung von Ausländern in Polen	26
D.	Grundlagen der Beschäftigung von Staatsbürgern der Staaten aus dem Europäischen Wirtschaftsgebiet und Mitgliedern ihrer Familien	30
V.	STEUERN	32
A.	Körperschaftsteuer (Corporate Income Tax – CIT)	32
B.	Einkommensteuer (Personal Income Tax – PIT)	34
C.	Mehrwertsteuer (Value Added Tax – VAT)	36
D.	Steuer auf zivilrechtliche Handlungen	38
E.	Immobiliensteuer	38
VI.	INVESTITIONSFÖRDERUNG IN POLEN	40
A.	Finanzielle Investitionsförderung	40
B.	Sonderwirtschaftszonen	42
C.	Befreiung von den kommunalen Steuern	44
D.	Finanzielle Beihilfe für die Beschäftigung der Arbeitslosen	44
VII.	HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN	45
	INHALTSVERZEICHNIS	49

Alle Rechte vorbehalten © PAliIZ, Dezember 2004

ul. Bagatela 12
00-585 Warszawa, Polen
Tel.: (+48 22) 334 98 00
Fax: (+48 22) 334 99 99
E-Mail: post@paiz.gov.pl
www.paiz.gov.pl

ISBN 83-60049-14-9

ROTTHEGE WASSERMANN & PARTNER

RECHTSANWÄLTE • WIRTSCHAFTSPRÜFER • STEUERBERATER • GBR



berät Unternehmen und Investoren



den Kerngebieten:



Gesellschaftsrecht



Mergers & Acquisitions



Bau- und Immobilienrecht



Arbeitsrecht



Insolvenzrecht



Steuergestaltung



in Polen und in Deutschland



mit einem weltweiten Netzwerk

www..pl



RWP Warszawa

ul. Nowy Świat 47

PL 00-042 Warszawa

Tel.: (+48 22) 827 15 80

Fax: (+48 22) 827 86 18

RWP Katowice

ul. Wita Stwosza 5

PL 40-036 Katowice

Tel.: (+48 32) 201 34 56

Fax: (+48 32) 201 34 57

RWP Düsseldorf

Wasserstrasse 7

D-40213 Düsseldorf

Tel.: (+49 211) 867 900

Fax: (+49 211) 132785

RWP Essen

Heinr.-Held-Str. 16

D-45133 Essen

Tel.: (+49 201) 842 190

Fax: (+49 201) 842 1922

RWP Bochum

Farnstrasse 59

D-44789 Bochum

Tel.: (+49 234) 298 380

Fax: (+49 234) 298 3822

RWP Dresden

Wolfshügelstrasse 20

D-01324 Dresden

Tel.: (+49 351) 214 40 60

Fax: (+49 351) 214 4070

ROTTHEGE WASSERMANN & PARTNER

RECHTSANWÄLTE • WIRTSCHAFTSPRÜFER • STEUERBERATER • GBR

RWP zählt zur Spitzengruppe der international tätigen Beraterkanzleien. Die Sozietät wurde 1993 gegründet. Unsere Beratungsleistungen erbringen wir in Polen - in Warschau und Katowice, sowie in Deutschland – in Düsseldorf, Essen, Bochum und Dresden.

In Polen sind wir an zwei Standorten vertreten. Unsere Kanzlei in Katowice entstand im Jahre 1996. Die Warschauer Kanzlei kam 2000 hinzu, wobei schon seit 1994 die Beratung im polnischen Wirtschaftsrecht von unserem Büro in Düsseldorf geführt wurde. Die beiden polnischen Standorte beraten in allen Fragen des Wirtschafts- und Steuerrechts. Zur Zeit sind 10 Rechtsanwälte und Steuerberater an beiden Standorten tätig, unter anderem auch ein deutscher Rechtsanwalt.

Im Verbund mit Kanzleien in den Geschäftszentren Europas begleitet RWP Mandanten über die polnische und deutsche Grenze hinaus.

Die enge Verknüpfung von Rechts- und Steuerberatung ermöglicht eine fachübergreifende Betreuung deutscher und ausländischer Klientel in allen Bereichen des Wirtschaftsrechts.

Die Zufriedenheit unserer Mandanten ist Maßstab unseres Handels, die beste Ausbildung unseres Berufsnachwuchses Grundlage unseres stetigen Wachstums. Unser Ziel ist es, nicht zu den größten, aber zu den besten Beratungsgesellschaften zu gehören.

